

Ralf Schmitz

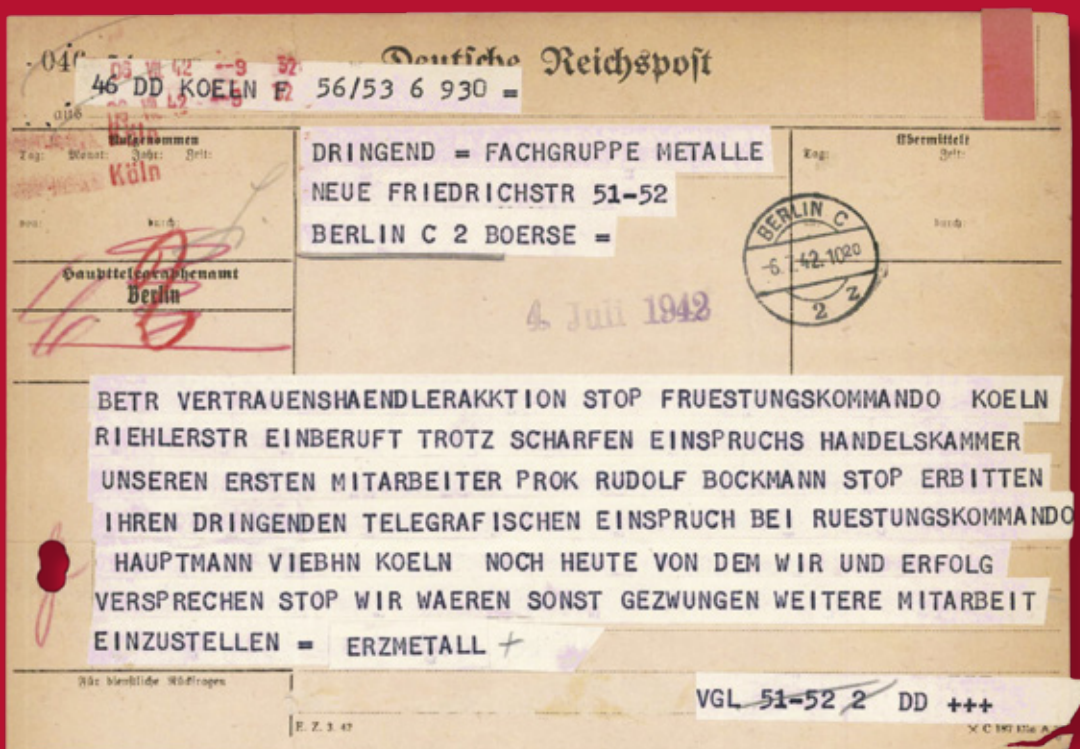
DER VEREIN DEUTSCHER METALLHÄNDLER

*Vom Verein der Metallgroßhändler Berlin 1908 bis
zum Verband Deutscher Metallhändler und Recycler
2026*



2. KAPITEL

FACHGRUPPE METALLE 1934 - 1945



1934 wurde der Verein deutscher Metallhändler e.V. in die „Fachgruppe Metalle“ sowie die „Fachuntergruppe Altmetalle“ umgewandelt. Das alte Geschäftsstellenteam arbeitete nun unter neuer Flagge mit veränderter Aufgabenstellung weiter. Juristisch war die Fachgruppe zwar nicht mit dem VdM identisch, de facto aber schon. Die Zeit bis 1945 war durch ein staatlich gelenktes Wirtschaftssystem und den Zweiten Weltkrieg geprägt.

2.1

VOM VEREIN ZUR FACHGRUPPE

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 änderte sich das Wirtschafts- und Verbändesystem in Deutschland grundlegend. Während es 1933 zunächst noch Modifikationen am bestehenden System gab (Gründung eines Metallbundes als Gesamtvertretung der deutschen Metallindustrie¹; Besetzung wichtiger Positionen in den Verbänden durch NSDAP Mitglieder), folgte ab 1934 kraft Gesetz eine grundlegende Neuordnung.

”

Auch die Amtszeit von Hugo Kluge, der 1933 im Zuge der Gleichschaltung VDM Vorsitzender geworden war, währte nur kurz, denn 1934 wurden die Vereinsfunktionen auf die Fachgruppe Metalle² bzw. die Fachuntergruppe Altmetalle übertragen.³

“

Grundlage war das „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft“ („Wiederaufbaugesetz“) vom 27. Februar 1934, es regelte die Umgestaltung des bisherigen freien Vereinswesens. An der Spitze der Wirtschaftsorganisationen stand die Reichswirtschaftskammer, die wiederum in Reichsgruppen unterteilt war. Die Reichsgruppe Industrie (vormals Reichsverband der Deutschen Industrie) umfasste beispielsweise die Wirtschaftsgruppe Nichteisenmetallindustrie. Zur Reichsgruppe Handel gehörte unter anderem die Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel (WGEA)⁴. Die Wirtschaftsgruppen wiederum waren in Fachgruppen und diese in Fachuntergruppen gegliedert.



Die Arbeit des Vereins Deutscher Metallhändler e.V. wurde von der „Fachgruppe Metalle der Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel“ weitergeführt. In § 2 der Satzung dieser Fachgruppe hieß es: „Aufgabe und Pflicht der Fachgruppe ist es, die ihr von der Wirtschaftsgruppe zugewiesenen Mitglieder auf ihrem Fachgebiet zu beraten und zu betreuen sowie deren fachliche und berufsständische Angelegenheiten unter Rücksichtnahme auf die Gesamtinteressen der gewerblichen Wirtschaft und unter Wahrung des Staatsinteresses zu fördern“.⁵

Dr. Rudolf Müller beschreibt die Ereignisse dieser Zeit wie folgt: „Dieser Verein (der VDM), angeschlossen dem früheren Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels, hatte seine Arbeit im Jahre 1934 eingestellt, als die Fachgruppe Metalle errichtet wurde. Eine Auflösung des Vereins war jedoch weder durch die Mitgliederversammlung noch durch eine behördliche Anordnung vorgenommen worden.“⁶ Eine gewisse Kontinuität in der Arbeit wurde dadurch gewahrt, dass die bestehende Geschäftsführung des Vereins in die neue Fachgruppenorganisation übernommen worden war.

Der Aufbau der neuen Fachgruppenorganisation nahm offenbar einige Zeit in Anspruch. Die Berliner Börsenzeitung meldet am 23.12.1935 zur Gründung der neuen Fachgruppe Metalle: „Die Geschäftsführung liegt in den Händen von Herrn Dr. Knipper, sein Vertreter ist Dr. Müller.“ In der Zeitschrift Metallwirtschaft, Metallwissenschaft, Metalltechnik⁷ vom 3. Januar 1936 ist zu lesen:

„Nach langen, vorbereitenden Arbeiten, die sich über 1 1/2 Jahr hinzogen, ist nunmehr die Neuorganisation des Metallgroßhandels im Rahmen des Aufbaus der deutschen Wirtschaft vollzogen worden. Bereits im September 1934 wurden die bis dahin auf dem Gebiet des Metallgroßhandels bestehenden Verbände

- ▶ 1. Verein deutscher Metallhändler, Berlin
- ▶ 2. Verein der am Metallhandel beteiligten Firmen, Hamburg
- ▶ 3. Verein der Interessenten der Metallbörse, Berlin
- ▶ 4. Verein der konzessionierten Metallhändler, Berlin,

in der (damaligen Reichsfachschaft) jetzt Fachgruppe „Metalle“ der Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel innerhalb der Hauptgruppe IX „Handel“ zusammengefaßt. Der Leiter der Fachgruppe ist Eugen Lehnkering, Duisburg; sein Stellvertreter ist Dir. Curt Elfe (AEG), Berlin. Die Geschäftsführung liegt in den Händen von Dr. Knipper, sein Vertreter ist Dr. Müller. Die Geschäftsstelle hat ihren Sitz in Berlin C 2, Börse, und erledigt einstweilen die sämtlichen Arbeiten der Fachgruppe und ihrer Untergliederungen.

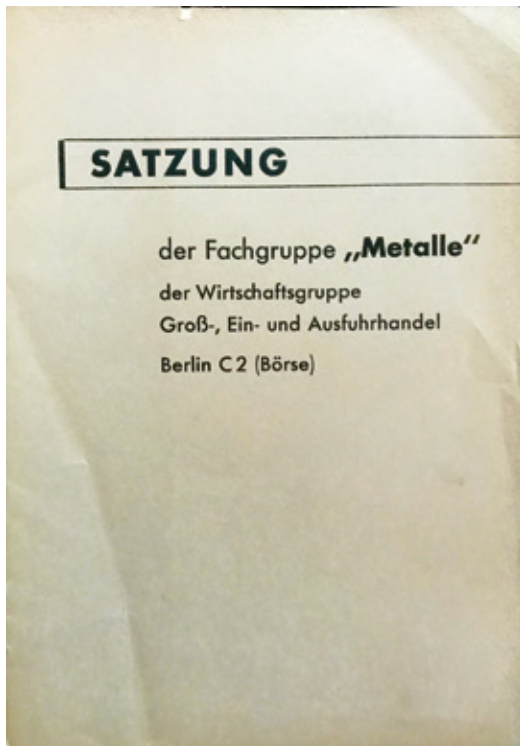
Die Fachgruppe ist in folgende Fachuntergruppen eingeteilt:

- ▶ Fachuntergruppe Neumetalle (Leiter: Dir. Elfe, Berlin),
- ▶ Fachuntergruppe Altmetalle (Leiter: W. Klute, Berlin)
- ▶ Fachuntergruppe Nebenmetalle (Härtungs- und Veredelungsmetalle), (Leiter: Prok. Schmid, Duisburg),
- ▶ Fachuntergruppe Verhüttungsmaterialien (Leiter: Konsul Kroeger, Lübeck),

Außerdem gliedert sich die Fachgruppe bezirklich:

- ▶ Bezirksgruppe: Bayern
(Obmann: Fritz Schünemann, in Firma von Schirach & Co., München),
- ▶ Bezirksgruppe: Berlin, Brandenburg, Freistaat Sachsen, Mitteldeutschland (Thüringen, Provinz Sachsen), Obmann: Dir. Elfe (AEG), Berlin
- ▶ Bezirksgruppe: Nordmark, Niedersachsen-Bremen, Niedersachsen-Hannover
(Obmann: Franz Schwalbe, Hamurg),
- ▶ Bezirksgruppe: Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg, Lübeck
(Obmann: Konsul Kroeger, Lübeck),
- ▶ Bezirksgruppe: Rheinland, Westfalen (Obmann: Fritz Burger, Duisburg),
- ▶ Bezirksgruppe: Schlesien (Obmann: Herberg-Schaefer, Breslau),
- ▶ Bezirksgruppe: Südwestdeutschland, Württemberg, Baden, Saarland, Pfalz, Hessen
(Obmann: Carl Ludwigsen, Frankfurt a. M.).

Inzwischen hat der stellv. Leiter der Fachgruppe, der an der Stelle des erkrankten Fachgruppenleiters z. Zt. amtiert, deren Satzung in Kraft gesetzt, nachdem der Leiter der übergeordneten Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel seine Zustimmung hierzu erteilt hat.“



Spätestens seit September 1934 dürfte die Geschäftsstelle demnach ihre Tätigkeit nicht mehr als Verein deutscher Metallhändler e.V. sondern nur noch als Fachgruppe (anfangs Reichsfachschaft) Metalle fortgeführt haben⁸. Die Satzung der Fachgruppe Metalle trat am 4. Dezember 1935 in Kraft. Der VDM wurde nie aufgelöst, offenbar gab es zunächst sogar Pläne, ihn neben der Fachgruppe Metalle weiter arbeiten zu lassen. Der o.g. Zeitungsartikel⁹ führt hierzu aus: „Von den oben erwähnten Verbänden besteht der Verein deutscher Metallhändler, Berlin noch als Fachverband und hat als solcher lediglich marktregelnde Aufgaben, während die Berufs- und Interessenvertretung

auf die Fachgruppe übergegangen ist. Dies entspricht der Anordnung des Reichswirtschaftsministers vom 18. September 1934, in der verfügt wurde, dass die Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel und ihre Untergruppen keine marktregelnden Maßnahmen treffen dürfen. Der Fachverband hat somit die Aufgabe, gegenüber den Lieferanten als Vertragsgegner aufzutreten. Es besteht zwischen der Fachgruppe und dem Verein personelle Gleichschaltung“. Nach den heute bekannten Unterlagen, die sich mit den Ausführungen von Dr. Müller decken, trat der VDM aber unter seinem alten Namen bis 1945 nicht mehr in Erscheinung. Die im Artikel genannten Metallbörsenvereine „Verein der am Metallhandel beteiligten Firmen in Hamburg“ und „Verein der Interessenten der Metallbörse Berlin“ bestanden dagegen noch unter ihrem alten Namen weiter und hielten sogar noch Versammlungen ab.

Neben der oben erwähnten Fachuntergruppe Altmetalle in der Fachgruppe Metalle gab es anfangs noch eine weitere Fachuntergruppe Altmetalle, die der Fachgruppe Rohproduktengewerbe in Hildesheim zugeordnet war. „Ein Teil des Altmetallhandels gehört bekanntlich zur Fachgruppe Rohproduktengewerbe und zwar insoweit, als der wertmäßige Umsatz in Eisen- und Metallschrott 50 % des Gesamtumsatzes der betreffenden Firma nicht übersteigt. Die Leitung der Fachuntergruppe Altmetalle in dieser Fachgruppe Rohproduktengewerbe hat Henry Ebermann, Hildesheim. Wie wir hören, sollen Verhandlungen darüber im Gange sein, die beiden Fachuntergruppen Altmetalle innerhalb der Fachgruppe Metalle zusammenzufassen und mit einer eigenen Geschäftsführung auszustatten“¹⁰. Diese Zusammenlegung erfolgte offenbar recht schnell.

2.2

FACHGRUPPENLEITER UND GESCHÄFTSFÜHRER

Während der Verein deutscher Metallhändler e.V. immer einen gewählten Vorsitzenden an seiner Spitze hatte, übernahm ab September 1934 der Leiter der Fachgruppe Metalle diese Funktion. Erster Leiter der Fachgruppe Metalle war **Eugen Lehnkering**, im April 1936¹¹ wurde er von **Konsul Hans Kroeger** abgelöst.

”

Den meisten Mitgliedern näher waren aber die jeweiligen Leiter der Fachuntergruppe Altmetalle, da diese allesamt aus mittelständischen Metallhandelsbetrieben stammten. Die Fachuntergruppe Altmetalle war bis Ende 1936 der Fachgruppe Metalle zugeordnet. Durch Anordnung des Reichswirtschaftsministers wurde sie zum 1. Januar 1937 der neu gebildeten Fachgruppe Alt- und Abfallstoffe unterstellt¹².

“

Geleitet wurde die Fachuntergruppe Altmetalle zunächst (1934 bis etwa Mitte 1936¹³) von **Wilhelm Klute**. Etwa im Mai 1937 übernahm **Franz Schwalbe** die Leitung, seine Tätigkeit fand aber offenbar „Beanstandung“ bei den nun zuständigen Leitern der Fachgruppe Alt- und Abfallstoffe, Hermann Klaeger (1937) und später (ab 1938) Hans Heck. Schwalbe wurde gebeten sein Amt zur Verfügung zu stellen¹⁴. Im August 1938 wurde der Frankfurter Metallgroßhändler **Carl Ludwigsen** zum neuen Leiter der Fachuntergruppe Altmetalle bestellt¹⁵.

Die 1937 vorgenommene Zuordnung der Fachuntergruppe Altmetalle unter die Fachgruppe Alt- und Abfallstoffe wurde letztlich nur halbherzig vollzo-

gen, denn anders als die in Düsseldorf ansässige Fachgruppe Alt- und Abfallstoffe blieb die Fachuntergruppe Altmetalle unter der Geschäftsführung von Dr. Knipper und Dr. Müller in der Geschäftsstelle der Fachgruppe Metalle in Berlin angesiedelt.

Eigentlich war vorgesehen, im September 1937 die neu gebildete Fachgruppe Alt- und Abfallstoffe im Rahmen einer Reichstagung in Düsseldorf zu präsentieren. In einem Rundschrei-



ben wurde allerdings der Kreis möglicher Gäste eingeschränkt: „Die Teilnahme der Partei an dem Treffen sowie das Programm gestatten nicht, dass an diesen Veranstaltungen Juden teilnehmen. Es können an der Versammlung nur arische Vertreter eingelassen werden.“ Letztlich wurde die gesamte Tagung jedoch abgesagt¹⁶.

Die Geschäftsstelle des Vereins deutscher Metallhändler e.V. blieb auch unter der neuen Fachgruppenorganisation erhalten. Dr. Christoph Knipper (siehe 1.7.4) war seit der Gründung des VDM bis Ende 1938 als Geschäftsführer tätig, Dr. Rudolf Müller trat 1923 in die Dienste des Vereins ein und wurde 1935 zum Geschäftsführer bestellt.

2.2.1

EUGEN LEHNKERING

LEITER DER FACHGRUPPE METALLE 1934 BIS 1936

Im September 1934 berichtete Geschäftsführer Dr. Knipper, dass „Herr Eugen Lehnkering, Duisburg, zum Führer des Metallgroßhandels bestellt worden sei.“¹⁷ Da sich die Neuorganisation des Metallhandels in dieser Zeit gerade erst vollzog, war Dr. Knipper die offizielle Amtsbezeichnung Lehnkerings offenbar noch nicht geläufig. Der 1898 geborene Lehnkering blieb allerdings nicht lange in dieser Funktion, Anfang 1936¹⁸ trat er als Leiter der Fachgruppe Metalle zurück. Lehnkering war Inhaber einer Firma für Ferrolegierungen und zugleich Reeder in Duisburg. Sein Interesse galt der Politik. Der Nationalsozialist war außenpolitischer Berater Joachim von Ribbentrops, Vorsitzender der Deutsch-Englischen Gesellschaft¹⁹ (DEG) und Vizepräsident der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer. Lehnkering verstarb 1951.



JAHRESFEST DER DEUTSCH-ENGLISCHEN GESELLSCHAFT IM HAUS DER FLIEGER AM 15. FEBRUAR 1939, KARL-EDUARD V. SACHSEN-COBURG UND GOTHA BEGRÜSST DEN BRITISCHEN BOTSCHAFTER NEVILLE HENDERSON, IN DER MITTE DER VORSITZENDE DER DEUTSCH-ENGLISCHEN GESELLSCHAFT EUGEN LEHNKERING, FOTO: BUNDESARCHIV

2.2.2

KONSUL HANS KROEGER

LEITER DER FACHGRUPPE METALLE 1936 BIS 1945

Der am 21. Juni 1883 in Lübeck geborene Konsul Hans Kroeger trat 1906 in die Firma L. Possehl & Co, Abteilung Erze und Reederei, ein, wo er noch unter Senator Emil Possehl das weit ausgebreitete Eisenerzgeschäft und die Reederei der Firma kennenlernte. 1918 erfolgte der Übertritt in die gegründete Nachfolgefirma der obigen Abteilung, Nordisches Erzkontor GmbH, als Prokurist und später Geschäftsführer. Nach 1925 wurde er auch Geschäftsführer der Zentralfirma L. Possehl & Co und der dem Hause angeschlossenen

Firmen der Erz-, Chemikalien- und Metall-Geschäfte²⁰. Er war Mitglied der NSDAP und leitete zunächst die Fachuntergruppe Verhüttungsmaterialien²¹, ab April 1936²² dann die Fachgruppe Metalle der Wirtschaftsgruppe Groß- und Außenhandel. Von 1928 bis 1941 war er Finnischer Konsul in Lübeck. Nach dem Krieg wurde er zunächst von den Briten in das Advisory Committee Non-Ferrous Metals berufen und beauftragt, dort eine Handelsabteilung aufzubauen²³. Später war er kommissarischer Vorsitzender der Fach-



vereinigung Metallhandel in Altena, die wiederum Teil der Wirtschaftsvereinigung Nichteisenmetalle war. Darüber hinaus bekleidete er weitere Ehrenämter, so war er kurzzeitig Präsident der Lübecker Handelskammer²⁴ und im Verwaltungsrat der Gesellschaft Deutscher Metallhütten- und Bergleute. Im Juni 1946 wurde er von der britischen Militärregierung aus seinen Ämtern entfernt²⁵. Konsul Kroeger blieb bis ins hohe Alter aktiv, so war er bis zu seinem Tod am 2. März 1956 Vorstandsmitglied der Hüttenwerke Kayser AG in Lünen.

2.2.3

WILHELM KLUTE

LEITER DER FACHUNTERGRUPPE ALTMETALLE 1934 BIS 1936

Wilhelm Klute wurde am 9. Oktober 1895 in Jerichow (Sachsen-Anhalt) geboren. Er war Metallprobenehmer und stand schon in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts der Vereinigung vereidigter Probenehmer vor, die 1924 zusammen mit dem VDM erste Richtlinien für die Probenahme erarbeitete²⁶ (siehe 1.10). Klute betätigte sich bis 1932 in der NSDAP, für die er u. a. als Reichsredner auftrat. Beruflich war er bei der IHK Berlin beschäftigt, weswegen er zu Tarnungszwecken – da dort eine NSDAP-Mitgliedschaft offiziell unerwünscht war – den Decknamen „Bürger“ verwendete. Im Sommer 1932 initiierte er die Gründung der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei (DSP), einer Abspaltung der NSDAP²⁷. Grund hierfür war die Unzufriedenheit mit dem Kurs der Parteiführung um Adolf Hitler und Josef Goebbels, mit letzterem führte er bis zur zwangsweisen Auflösung der DSP im Frühjahr 1933 eine Fehde. Goebbels nannte ihn einen „Renegat“, setzte ihn auf seine schwarze Liste und notierte in seinem Tagebuch „das wird ihm übel bekommen“²⁸. Von 1934 bis 1936 leitete Klute unter Eugen Lehnkering die Fachuntergruppe Altmetalle. Beruflich war er für die Possehl Metall



RECHTE: HANS-JOACHIM GÜNTHER GMBH



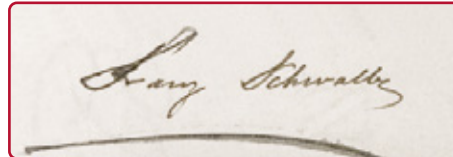
und Erz GmbH²⁹ in Berlin tätig. Nach dem Krieg machte er sich als Probenehmer in Dortmund selbstständig, 1957 kandidierte er für die Deutsche Partei (DP), allerdings erfolglos, für den Deutschen Bundestag.

2.2.4

FRANZ SCHWALBE

LEITER DER FACHUNTERGRUPPE ALTMETALLE 1937 BIS 1938

Franz A.J. Schwalbe wurde am 18. März 1869 geboren und war Inhaber des gleichnamigen, 1878 gegründeten, Metallhandelsunternehmens in Hamburg, dass der damals dreißigjährige Schwalbe im Jahr 1899 von seinem Vater übernommen hatte. Es gelang ihm dank der weltweiten Verbindungen, die er durch zahlreiche Auslandsreisen zuvor geknüpft hatte, das Unternehmen stark auszubauen. Im 1. Weltkrieg war er Vertrauensmann und Fachgruppenleiter der kaiserlichen Kriegs-Rohstoff-Abteilung³⁰. Kriegsausgang und Inflation brachten erhebliche Rückschläge³¹. Im Jahre 1937³² stellte er sich trotz seines inzwischen hohen Alters der, im Rahmen der Fachgruppe Alt- und Ab-



fallstoffe neu gebildeten, Fachuntergruppe Altmetalle als Leiter zur Verfügung. Offenbar funktionierte die Zusammenarbeit mit dem

Leiter der Fachgruppe nicht so recht, denn Schwalbe wurde gebeten sein Amt zur Verfügung zu stellen³³. Nach seinem Rücktritt im Sommer 1938 stand er der Fachuntergruppe weiterhin als stellvertretender Leiter zur Verfügung³⁴. Darüber hinaus fungierte Schwalbe als Mitglied des Beirats der Fachgruppe Metalle, als Obmann für den Wirtschaftskammerbezirk Nordmark und als Leiter des Fachausschusses Metalle der Abteilung Außenhandel der WGEA³⁵. Schwalbe verstarb am 26. April 1949 im Alter von 80 Jahren.

2.2.5

CARL LUDWIGSEN

LEITER DER FACHUNTERGRUPPE ALTMETALLE 1938 BIS 1945

Carl Ludwigsen war Inhaber eines Metallgroßhandels und Metallschmelzwerkes in Frankfurt am Main. Im August 1938 wurde er zum Leiter der Fachuntergruppe Altmetalle bestellt.³⁶ Ludwigsen war zwar Parteigenosse³⁷, aber wohl eher als Mitläufer einzustufen. VDM Geschäftsführer Dr. Müller schrieb ihm am 12. Dezember 1945 folgendes: „Getreu Ihrer Devise ‚niemand zu Lieb und niemand zu

Leid‘ haben Sie den Altmetallhandel über die Fährnisse des schrecklichsten aller Kriege geleitet und mit Ihren reichen Erfahrungen, Kenntnissen und Ihrer zielbewussten Klugheit, unbeirrbarer Sachlichkeit und klaren Objektivität ausschlaggebend dazu beigetragen, dass eine Unzahl Ihrer Berufskollegen ihre geschäftlichen Unternehmungen sich erhalten konnten³⁸.“ Sein Amt als Leiter der Fachuntergruppe Altmetalle

sah er mit Kriegsende als erledigt an³⁹. Ludwigsen starb auf einer Geschäftsreise in München am 14. März 1949. Nach seinem Tod gingen seine Unternehmen auf eine nach ihm benannte Stiftung über. Ludwigsen lag es am Herzen, dass sein Lebenswerk nicht durch unsachgemäße Führung gefährdet oder zerschlagen wird. Aus dem Ertrag der Stiftung sollten Betriebsangehörige, die unverschuldet in Not geraten, unterstützt werden. Darüber hinaus waren Beihilfen für notleidende Frankfurter Bürger vorgesehen, deren Familien schon seit 1900 in Frankfurt ansässig waren. „Die Carl Ludwigsen Stiftung ist mit dazu berufen, das schwere Elend der Nachkriegszeit zu mildern und zu dessen Überwindung beizutragen“.⁴⁰



2.2.6

DR. RUDOLF MÜLLER

VDM GESCHÄFTSFÜHRER 1935 BIS 1952



Dr. Müller wurde am 12. Januar 1890 in Berlin geboren. Er trat 1923 als Verbandssyndikus in die Geschäftsstelle ein und wirkte zunächst als Stellvertreter von Dr. Knipper. Darüber hinaus war er für die Berliner Börsen-Zeitung tätig.⁴¹ 1935 wurde er neben Dr. Knipper Geschäftsführer der Fachgruppe Metalle, Fachuntergruppe Altmetalle⁴². Nach Knippers Ausscheiden übernahm er die alleinige Geschäftsführung⁴³. Vermutlich seit Herbst 1944 fungierte die Fachuntergruppe Altmetalle auch als „Arbeitsgemeinschaft Rüstungshandel beim Reichminister für Rüstung und Kriegsproduktion, Leitstelle Altmetalle“. Dr. Rudolf Müller blieb auch hier mit der Geschäftsführung betraut. Es gelang dem überzeugten Gegner des Naziregimes, die Mitglieder des Verbandes auch während der Fachgruppenzeit zu betreuen und deren Interessen - so weit wie damals möglich - zu vertreten. Seinem überaus großen Engagement ist es zu verdanken, dass der Verein die Kriegsjahre überstand und in der Folgezeit neu aufgebaut werden konnte. Am 25. März 1952 verstarb Dr. Müller an den Folgen eines Schlaganfalls⁴⁴.

2.3

DIE ÜBERWACHUNGSSTELLE / REICHsstELLE FÜR METALLE



Auf der Grundlage der Verordnung über den Warenverkehr⁴⁵ vom 4. September 1934 wurden für alle wichtigen Fachgebiete der gewerblichen Wirtschaft Überwachungsstellen zur Überwachung des Warenverkehrs auf dem innerdeutschen Markt eingerichtet. Diesen Überwachungsstellen oblag auch die Kontrolle, Lenkung und Verteilung der Rohstoffgütereinfuhr. Sie unterstanden unmittelbar dem Reichswirtschaftsminister, der für die einzelnen Bereiche Reichsbeauftragte berief. Die Reichsbeauftragten waren berechtigt, Anordnungen mit Verordnungscharakter zu erlassen. Für den Bereich der NE-Metalle war eine solche Überwachungsstelle sogar schon früher geschaffen worden, nämlich am 22. März 1934 durch das Gesetz über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten. Reichsbeauftragter für Metalle war zunächst Georg Lüttke, 1938 übernahm SS-Oberführer Paul Zimmermann⁴⁶, der seit 1937 beim Stab des Reichsführers SS war, die Position des Reichsbeauftragten⁴⁷. Ab 18. August 1939 hießen die bisherigen

Überwachungsstellen einheitlich Reichsstellen. Die Aufgaben und Zuständigkeiten der Überwachungs- bzw. Reichsstellen veränderten sich in den elf Jahren ihres Bestehens wiederholt⁴⁸.



PAUL ZIMMERMANN
RECHTE: US ARMY / GEMEINFREI

Die Reichsstelle für Metalle⁴⁹ (später mit der Reichsstelle für Eisen und Stahl zur Reichsstelle Eisen und Metalle zusammengelegt⁵⁰) „organisierte die Beschaffung einschlägiger Güter bei Käufen im Inland durch Erteilung von Einkaufsgenehmigungen sowie den beabsichtigten Import von Nichteisen-Neumetallen durch Abgabe von Devisenbescheinigungen. Daneben steuerte die Überwachungsstelle die Vorratshaltung, den Absatz und den Verbrauch unedler Metalle durch allgemeine Anordnungen.“⁵¹

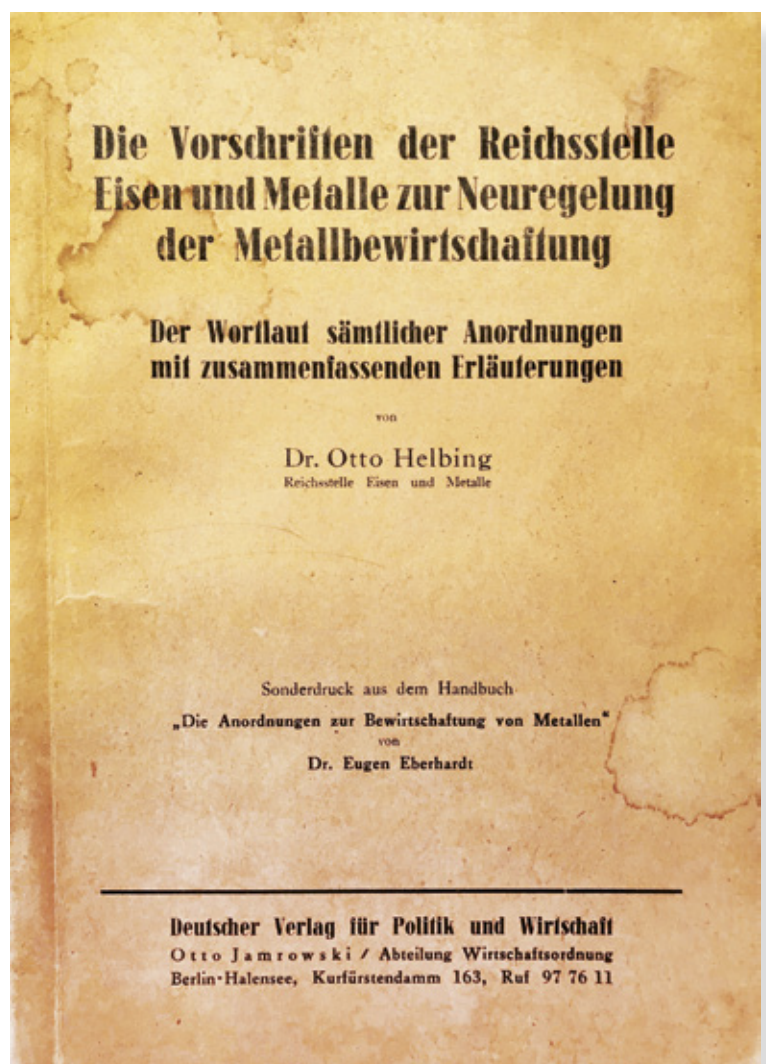
”

Von einem freien Handel mit Metallen konnte keine Rede mehr sein, die Praxis wurde durch spezifische Verwendungsverbote, Kontingente, Verarbeitungs- und Veräußerungsgenehmigungen, Bedarfsdeckungsscheinen, Ausfuhrverbrauchsscheinen und Ausfuhrbedarfserklärungen bestimmt.

“

Beispielhaft seien nur der Genehmigungszwang für den Kauf ausländischen Kupfers sowie das Verwendungsverbot für Kupfer und dessen Legierungen sowie für weitere Metalle genannt⁵².

E. Wieprecht, stellvertretender Reichsbeauftragter für Metalle, bewertete die Bewirtschaftungsmaßnahmen für Metalle im November 1938 wie folgt⁵³: „Die Überwachungsstelle für Metalle hat als erste auf ihrem Zuständigkeitsgebiete die Notwendigkeit einer systematischen, geschlossenen Rohstoffbewirtschaftung erkannt und in die Tat umgesetzt. (...) Die verschiedenen Anordnungen zur Bewirtschaftung von Metallen bilden ein umfassendes System, bei dem ein Glied sich an das andere anschließen, ein Rädchen in das andere greifen muss. (...) Als Instrument für die Verteilung der Einzelversorgung bedient die Überwachungsstelle sich der Bedarfsbescheinigung. (...) Vielfältiger als die Regelung der Versorgung und der Verteilung ist die Regelung des Verbrauchs. (...) Durch die allgemeinen Anordnungen wird den Verarbeitern von Roh- und Abfallmaterial (...) eine bestimmte Verbrauchsberechtigung (...) gewährt. Wer mit dieser Verbrauchsberechtigung nicht auskommt, kann jeweils einen Antrag auf Bewilligung von Mehrverbrauch stellen. (...) Für Wehrmachtzwecke ist ein besonderes Verfahren mit Metallanforderungsscheinen für Wehrmachtsaufträge eingeführt. Der Ursprung jeder wirtschaftlichen Einengung liegt im Rohstoff- und Devisenmangel. Alle Maßnahmen der Überwachungsstelle sind ausschließlich auf die Bekämpfung und Überwindung dieses Notstandes gerichtet. (...) Für das Ziel der Ordnung und Sauberkeit in der deutschen Metallwirtschaft, der Abwehr von Schädlingen zum Besten der Schutzbedürftigen kommen sowohl der Revisionsdienst wie die Strafbefugnisse der Überwachungsstelle zum Einsatz.“



2.3.1

RICHTPREISE FÜR METALLE

Die größte Auswirkung auf den Metallmarkt hatten die von der Überwachungsstelle festgesetzten Richtpreise, denn sie verhinderten jegliche freie Preisbildung. Dies führte letztlich nicht nur zum Ende der Metallbörsen in Berlin und Hamburg⁵⁴, sondern nahm dem Handel auch die Chance, auskömmliche Gewinne zu generieren.

Bei vielen Metallhändlern wurden Erinnerungen an die staatliche Metallbewirtschaftung während des ersten Weltkrieges wach.⁵⁵ „Am 31. Juli 1934 wurde die Überwachungsstelle (...) ermächtigt, Richtpreise unter anderem für Kupfer, Blei und Zink festzusetzen. Durch die Verordnung wurden die Preise für Nichteisen Neu- und Altmetalle auf das Preisniveau fixiert, das zwischen dem 1. und 26. März 1934 für diese Waren bestanden hatte.

Diese Richtpreise waren formal als Höchstpreise deklariert, die nicht überschritten werden durften und stellten angesichts der das Angebot übersteigenden Nachfrage praktisch untere Festpreisgrenzen dar.“⁵⁶ Die Richtpreise (später Grundpreise) wurden von Zeit zu Zeit aktualisiert, wobei sich die Art ihrer Berechnung im Laufe der Jahre mehrmals änderte. Auch zur staatlichen Preisregelung und Überwachung äußerste sich Wieprecht. Er wies darauf hin, dass die Überwachungsstelle durch ihre Kurspreisbekanntmachungen die Höhe der Richtpreise bestimme, wohingegen die örtlichen Preisüberwachungsstellen für die Überwachung und Verfolgung von Preisvergehen zuständig seien. „Wenn die Preisregelung nicht an allen Stellen den gehofften Erfolg gezeigt hat, so liegt dies auch weniger an einem Fehler des Systems selbst als an unausrottbaren Erscheinungen der menschlichen Unzulänglichkeit: dem Eigennutz auf der einen, der Unlust zum offenen Kampf gegen den Eigennutz auf der anderen Seite. Immerhin wird auch der strengste Kritiker zugeben müssen, dass durch die getroffenen Maßnahmen der allgemeine Preisstand der Metalle sich auf einer vernünftigen und wirtschaftlich tragbaren Ebene gehalten hat, was ohne diese Maßnahmen in Zeiten der Verknappung keinesfalls zu erwarten gewesen wäre.“⁵⁷ Das bewerteten die Metallhandelsunternehmen naturgemäß völlig anders, denn statt frei handeln zu können war man in ein enges Korsett von Vorgaben geschnürt.

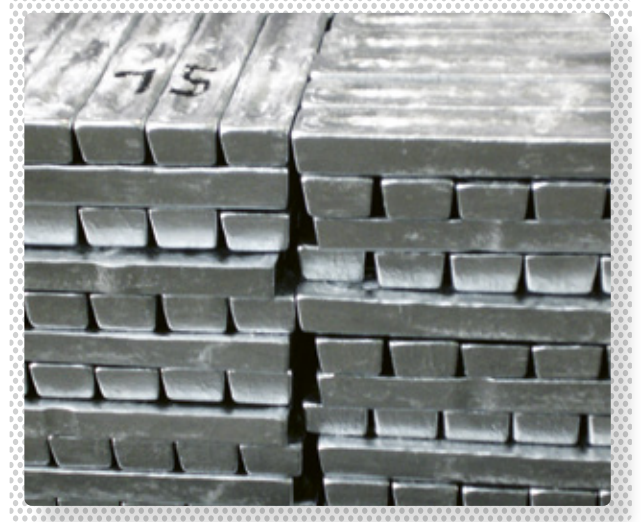


IN DEN DREISSIGER JAHREN WAR IM ALTMETALLHANDEL NOCH VIEL MUSKELKRAFT GEFRAGT
RECHTE: ZIREC KABELAUFBEREITUNGS GMBH

2.3.2

MARKTNEUORDNUNG FÜR NEUMETALLE

Ende der dreißiger Jahre war die Marktneuordnung für Neumetalle ein großes Branchenthema. Im Zuge des Schacht'schen Planes und des Vierjahresplanes kam es aufgrund von Anordnungen der Reichsstelle zu Handelsbeschränkungen für die freien Großhändler. Kritisiert wurde vom Handel vor allem die staatlich vorgeschriebene Aluminiumbewirtschaftung, die das Reichswirtschaftsministerium wie folgt begründete: *„Die Durchführung der Aluminiumbewirtschaftung ist auf dem zentralen Verkauf durch die Aluminium-Verkaufs-Gesellschaft mbH aufgebaut. Die Wirtschaftsgruppe Nichteisenmetall-Industrie, die von mir mit der Verteilung des Aluminiums beauftragt ist, lässt durch die AVH die Aluminiumzuteilung an die Verbraucher vornehmen und besitzt infolgedessen in dieser zentralen Stelle ein zweckvolles und ohne besonderen Personalaufwand eingerichtetes Verteilungsorgan. Die hierauf aufgebaute Aluminiumverteilung hat sich infolge der Einfachheit durchaus bewährt. Durch die Einschaltung des Handels in dem von Ihnen vorgeschlagenen Umfange würde eine Dezentralisierung im Verkauf des Aluminiums eintreten und das heutige einfache Zuteilungsverfahren nicht mehr aufrechterhalten können.“*⁵⁸ Dem widersprach der Metallhändler Wilhelm Raven: *„Die Einschaltung des Handels beim Vertrieb von Aluminium bedeutet selbstverständlich keine Erschwerung, sondern eher eine Erleichterung für die Versorgung der Industrie. Der Handel hat ja absolut kein Interesse an einer unnötigen oder gar spekulativen Hortung von Aluminium, sondern er ist nur an einem schnellen Umsatz derartiger Ware interessiert. Die Bedienung des Verbrauchers seitens des Handels geht erfahrungsgemäß viel prompter vor sich als die Lieferung seitens des Produzenten, der immer nur von vereinzelten Lagerstellen aus die Kundschaft bedienen kann, während der Handel über das ganze Reich verbreitet ist.“*⁵⁹ Die Fachgruppe Metalle versuchte deshalb eine Neuordnung des Neumetallhandels mit dem Ziel, den freien Handel mit Alumi-



nium wieder zu ermöglichen, durchzusetzen. Sie beklagte, dass schon die Abrisierung ein Vordringen der Werke in den Metallhandel zur Folge gehabt habe, da viele früher jüdische Handelsfirmen von der Industrie einverleibt worden seien und die Werke nun unter Ausschaltung des Handels deren Geschäft weiter betreiben würden.⁶⁰ Es kam daraufhin immer wieder zu Gesprächen zwischen „freien Metallgroßhändlern“ und Vertretern der Werksverkaufsgesellschaften, die letztlich aber ergebnislos blieben.⁶¹ Noch im Geschäftsbericht 1940/41, der als „Geheim“ eingestuft wurde, war zu lesen, dass die Verhältnisse am Neumetallmarkt mit dem Anhalten des Krieges eine weitere Anspannung erfahren hätten, was sich insbesondere auf diejenigen Metallhändler schwierig ausgewirkt habe, die über keine eigene Produktion verfügten.⁶²

”
Letztlich verhinderte der fortschreitende Krieg die vom Handel gewünschte Neuordnung, diese sollte es erst viele Jahre später in der Bundesrepublik Deutschland geben.
“

2.3.3

DIE NEUORDNUNG DES ALTMETALLHANDELS

Die Reichsstelle für Metalle hat schon ab 1934 massiv in den Altmetallhandel eingegriffen, beispielsweise mit der Anordnung (AO) 15 „betreffend des Einkaufs von unedlen Metallen“, die 1936 durch die AO 37 ersetzt wurde. Die Anordnung legte, aufgeteilt nach Wirtschaftsstufen, unterschiedliche Einkaufs- und Umarbeitungsbeschränkungen fest. So bestimmte § 5: „Händler dürfen unedle Metalle nur in denjenigen Metallklassen und Materialgruppen einkaufen, in denen sie unedle Metalle regel-

mäßig, entsprechend dem Geschäftszweck ihres Unternehmens, zur Befriedigung des Bedarfs ihrer Kundschaft benötigen“. Umarbeitungsgeschäfte bedurften einer Genehmigung durch die Reichsstelle für Metalle. Selbst diese Genehmigung wurde zeitweise daran geknüpft, dass „die Auslieferung des umgearbeiteten Rohmaterials nur noch aufgrund von Bedarfsbescheinigungen mit dem Dringlichkeitsvermerk DA oder DI“ an die Kundschaft vorgenommen werden durfte⁶³.

Einkaufsbeschränkungen			
A. allgemein: unedle Metalle		B. im besonderen: Halbmaterial	
1. Betriebe der Metallgewinnung	Einkauf nur in den Metallklassen und Materialgruppen, die in dieser gegenständlichen Beschaffenheit unmittelbar oder nach Umarbeitung zur Verwendung im eigenen Betrieb benötigt werden; außerdem bei Betrieben der Metallverarbeitung für Umarbeitungsgeschäfte nur, wenn das umgearbeitete Erzeugnis zur unmittelbaren Verwendung im eigenen Betrieb benötigt wird.	Einkauf nur bis zur Höhe des voraussichtlichen Bedarfs in dem laufenden und den nächsten 3 Monaten, unter Berücksichtigung der Lagerhaltung und zu erwartender Lieferungen aus Abchlüssen	höchstens aber: Dreifache Menge des durchschnittlichen monatlichen Eigenverbrauchs Januar bis Juni 1935
2. Betriebe der Metallverarbeitung	Einkauf nur in den Metallklassen und Materialgruppen, die für regelmäßige Bedienung der Kundschaft benötigt werden		Dreifache Menge des durchschnittlichen monatlichen Lagerumsatzes Januar bis Juni 1935
3. Händler	Einkauf nur von den Metallklassen und Materialgruppen, die für den eigenen Verbrauch benötigt werden.		
4. Sonstige Personen und Betriebe			
Umarbeitungsbeschränkungen			
1. Betriebe der Metallgewinnung	Die eigene Metallgewinnung darf nicht beeinträchtigt werden (§ 7)		
2. Betriebe der Metallverarbeitung	siehe obenstehend unter 2, Spalte A		
3. Händler	Diese brauchen in jedem Fall eine Genehmigung der ÜSt. (Auslegung)		

Der NS-Staat plante akribisch die Neuordnung des gesamten Altmetallhandels. „Mit Rücksicht auf die Ausgliederung der Fachabteilung Altmetalle aus der Fachgruppe Metalle und ihre Umwandlung in eine Fachuntergruppe Altmetalle der Fachgruppe Alt- und Abfallstoffe (siehe 2.2) hat sich die Notwendigkeit ergeben, eine schärfere organisatorische Abgrenzung der einzelnen Metallhandelssparten vorzunehmen und unsere Fachabteilungen (...) straff aufzubauen“, schrieb im Juli 1938 Geschäftsführer Dr. Müller an die Firma Theodor Spieker in Düsseldorf. Anlass des Schreibens war, dass alle Unternehmen an einer sogenannten *Archivumfrage* teilnehmen mussten, damit sie der richtigen Fachgruppenorganisation zugeordnet werden konnten. Dabei wurde zwischen Neumetallen, Nebenmetallen, Verhüttungsmaterialien und Altmetallen unterschieden. Parallel dazu führte die Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein-

und Ausfuhrhandel als vorgesetzte Organisation der Fachgruppe Metalle ab 1. Januar 1939 einen einheitlichen Kontenplan ein, in dem verbindliche Kontengruppen für Waren Ein- bzw. Verkauf der einzelnen Metallsparten festgelegt wurden. So war beispielsweise der Einkauf von Altmetallen der *Klasse 3, Gruppe 33 Warengruppe IV Altmetalle* zuzuordnen⁶⁴.

Dies war der Anfang einer umfangreichen organisatorischen Umstrukturierung des Altmetallhandels. 1939 erließ die Reichsstelle für Metalle die AO 48 (ab 1940 AO 48a), welche die Betriebe des Altmetallhandels in folgende Handelsstufen gliederte:

- a) **Altstoffsammler:** Personen, die sich mit der Sammlung von Altstoffen im Umherziehen bei Haushaltungen und Kleingewerbetreibenden befassen,
- b) **Mittelhändler:** Unternehmen des Altstoffhandels oder Altmetallhandels, die sich mit dem Ankauf von Altmetallen und Metallabfällen bei Altstoffhändlern oder bei Gewerbetreibenden befassen,
- c) **Altmetallgroßhändler:** Unternehmen, die sich mit dem Ankauf von Altmetallen und Metallabfällen bei Betrieben des Mittelhandels oder bei Gewerbetreibenden sowie mit der Sortierung und Herrichtung solchen Materials befassen oder solches Material aus dem Auslande einführen, soweit ihnen ihre Zugehörigkeit zum Altmetallgroßhandel im Auftrage der Reichsstelle für Metalle von der Fachuntergruppe Altmetalle schriftlich bestätigt worden ist.

Die Reichsstelle Metalle konnte entscheiden, welcher Handelsstufe ein Unternehmen zuzuordnen ist, entsprechende Anträge waren zuvor bei der Fachgruppe einzureichen. Die Anordnung 48 zwängte den Handel in ein enges Vorschriftenkorsett. Es wurde zunächst unterschieden zwischen Fabrikationsabfällen, Fabrikationsrückständen und Altmetallen. Dann wurde genau festgelegt, welche Handelsstufe welches Material in welcher Menge handeln darf. Dabei wurden für die einzelnen Metalle unterschiedliche Regelungen getroffen.

Darüber hinaus stellte die AO 48 weitere Regeln auf. Der Abschluss und die Ausführung von Umarbeitungsgeschäften über Fabrikationsabfälle, Fabrikationsrückstände und Altmetalle war grundsätzlich verboten, allerdings ließ die Anordnung mehrere Ausnahmen zu. Niemand durfte zugleich den Handel mit Halbmaterial und den Handel mit Abfallmaterial betreiben. Altstoffsammlern und Mittelhändlern war der Handel mit Rohmaterial verboten. Ergänzt wurde die AO 48a von der AO 49 vom 1. März 1940, welche genau vorschrieb, an wen gewerbliche Betriebe ihr Altmaterial abgeben durften.

Wer sich in dem Gestrüpp von Vorschriften nicht zurecht fand, einer anderen Handelsstufe zugeordnet werden wollte oder eine Ausnahme begehrte, wandte sich an die Geschäftsstelle der Fachuntergruppe Altmetalle in Berlin. Dort versuchte man zu helfen und Einvernehmen mit der Reichsstelle Metalle herzustellen. Bemerkenswert war auch, welchen Einfluss die Staatspartei NSDAP zu dieser Zeit selbst in Detailfragen spielte. So bescheinigte die NSDAP Gauleitung einem Altmetallhändler in Wilhelmshafen, dass dieser „die Umsätze im Interesse des Vierjahresplanes ganz bedeutend steigerte“, und man es deshalb begrüße, „wenn der Firma die Genehmigung zum Großhandel mit Altmetallen ausgesprochen wird.“⁶⁵

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei	
Gauleitung Wefer-Ems	Oldenburg i. O.
Kreisleitung Wilhelmshaven Fernsprecher 1811/15 NS.-Organ: Wilhelmshavener Kurier	Bankkonto: Sparkasse der Stadt Wilhelmshaven Wilhavener Str., Konto-Nr. 235829
Abt.: Kreisb.f. Altmaterialeffassung Unter Zeichen: bei Antwort ansetzen. Ihre Zeichen:	Wilhelmshaven, den 4.11.1939 Hindenburgstraße 17
An die Fachuntergruppe Altmetalle der Wirtschaftsgruppe Groß-Ein-u. Ausfuhrhandel, B e r l i n C 2 Börse Neue Friedrichstr.51/52 Das anliegende Schreiben der Firma E.M.Kölschitzky, Wilhelmshaven, betrifft Bestätigung als Altmatalgroßhändler hat mir vorgelegen. Es entspricht den Tatsachen, das die Firma die Umsätze im Interesse des Vierjahresplanes ganz bedeutend steigerte. Ich würde es befürworten, wenn der Firma die Genehmigung zum Großhandel mit Altmetallen ausgesprochen wird. Heil Hitler ! <i>Kölschitzky</i> Kreisbeauftragter für Altmaterialeffassung.	

2.3.4

SPANNUNGSFELDER

Während die Reichsstelle für Metalle als Aufsichts- und Lenkungsbehörde fungierte, war die „Fachgruppe Metalle der Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel“ eine Art Selbstverwaltungsorganisation der Wirtschaft. Sowohl die Fachgruppe Metalle als auch die Reichsstelle für Metalle gehörten aber (zumindest bis September 1943⁶⁶) zum Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsministeriums. Die Fachgruppe Metalle informierte ihre Mitgliedsunternehmen über die Anordnungen der Reichsstelle und unterstützte diese bei der praktischen Umsetzung.

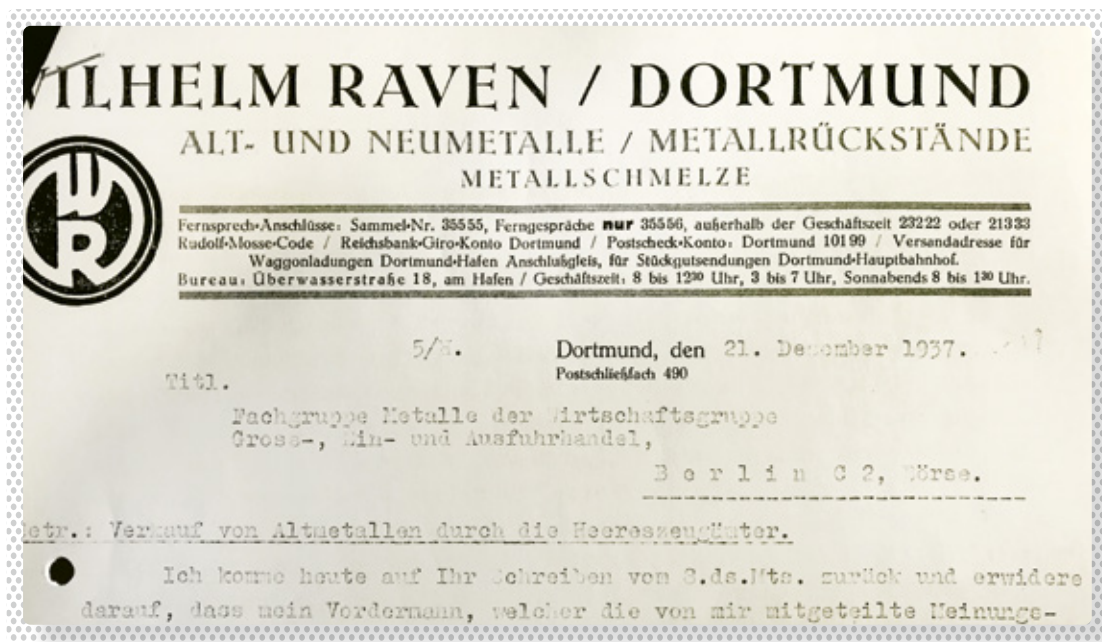
Eine wichtige Aufgabe der Fachgruppe Metalle bzw. Fachuntergruppe Altmetalle war es in dieser Zeit, Verbindungsglied zwischen den Mitgliedsunternehmen und der Reichsstelle zu sein. Wilhelm Raven, ein Metallhändler aus Dortmund und bis zur Bildung der Fachgruppe Metalle Mitglied im VDM Vorstand, bewies im Dezember 1937 in einem Schreiben an die Fachgruppe Metalle großen Mut, denn seine Kritik am NS-System hätte damals durchaus drastische Folgen haben können. Hier einige Zitate:

Es ist nicht zu begreifen, dass die zur Betreuung dieses Berufsstandes eingesetzten Organisationen nicht die Beseitigung der Missstände fertigmachen und sich der eine Verantwortliche hinter dem anderen versteckt bzw. sich eine Interessen- und Energielosigkeit zeigen, für die es keine Entschuldigung gibt.

Der jetzige Anspruch der Überwachungsstelle in jeder Beziehung ist – mit Erlaubnis das zu sagen – von einem Terror kaum zu unterscheiden, und man kann sich infolgedessen des Gefühls nicht erwehren, dass man auch seitens der Überwachungsstelle dem Metallhandel langsam, aber sicher das Grab schaufelt.

Da im neuen Reich das Wort „unmöglich“ nach wiederholtem Ausspruch des Führers nicht mehr existiert, kann also auch die Regierung nicht gut endgültig unsere Ansprüche verneinen.

Wie Sie wissen, bin ich im letzten Jahre von einer aktiven Mitarbeit an der Wahrnehmung der Berufsbelange (...) zurückgedrängt worden, aber trotzdem sehe ich mich immer wieder gezwungen, gegen die zur Tragikomödie gewordenen Zustände zu protestieren, solange ich noch einen Funken Hoffnung hege, dass bei entsprechendem Vorgehen seitens der für die Betreuung des Metallhandels Verantwortlichen in letzter Stunde doch noch Abhilfe geschaffen werden kann.



Raven bat die Fachgruppe Metalle, sich für die Belange der Branche zu engagieren. *„Da die Vorschrift besteht, dass die Gruppen-Mitglieder nur auf dem Instanzenwege ihre Belange verfechten dürfen, so bleibt ihnen natürlich nichts anderes übrig als ihre Ansprüche Ihnen zur Wahrnehmung zu unterbreiten, und wenn hierbei harte Worte fallen, so wollen Sie dafür angesichts des nahenden Ruins der Mitglieder Verständnis zeigen.“* Allerdings bat er – aus gutem Grund – auch um Vertraulichkeit. *„Ich bitte Sie auch diesmal, meine Zeilen vertraulich zu behandeln und sie nicht etwa an Stellen weiterzuleiten, die vielleicht infolge falscher Auffassung meiner Proteste mir das Leben noch schwerer machen als es leider bisher trotz meines uneigennütigen und nur dem Allgemein-Interesse meines Berufsstandes dienenden Vorgehens geschehen ist.“*

Natürlich fanden einige Metallhändler gelegentlich Mittel und Wege, um die strengen Regeln der Überwachungsstelle für Metalle, insbesondere für den An- und Verkauf, zu umgehen. So berichtete der erste Leiter der Fachuntergruppe Altmetalle, Wilhelm Klute, Anfang 1936: *„Im Laufe des vergangenen Jahres hat sich fernhin ein Tausch-System soweit entwickelt, dass bei den sonst üblichen Altmittel-Verkäufen am Jahresende in diesem Jahr nicht mehr von einem Verkauf, sondern nur noch von Tausch-Geschäften gesprochen werden kann.“*⁶⁷ Tauschgeschäfte waren zu dieser Zeit in den Vorschriften der Überwachungsstelle nicht so strikt reglementiert, die Lücke in den Vorschriften war – zumindest bis zur nächsten Änderung - gefunden.

Die Reichsstelle Metalle hat im Laufe der Jahre zahlreiche Anordnungen zur Regulierung des Metallmarktes erlassen. Oftmals richteten sich die Mitgliedsunternehmen mit ihren Sorgen und Problemen an die Fachgruppe Metalle oder die Fachuntergruppe Altmetalle, damit sich diese beim Reichsbeauftragten für Ausnahmen oder Korrekturen der Anordnungen einsetzen konnten. Manche Eingaben, wie die des Unternehmens Eisen Fuchs aus Stuttgart betreffend des „Spätzleschwob“ muten heute eher humorvoll an, verdeutlichen aber, wie angespannt die Versorgungslage im Deutschen Reich in dieser Zeit war. So ging es in einem anderen Fall um die Genehmigung, 2.400 kg Walzeisen und 800 kg Gusseisen für die Instandsetzung eines Lastfahrstuhls auf dem Betriebsgelände beschaffen zu dürfen⁶⁸.



EISEN-FUCHS G.M.B.H. STUTTGART

EISEN- u. EISENWAREN-GROSSHANDLUNG

LAGER IN MANNHEIM MÜNCHEN NÜRNBERG

An die
Fachgruppe Metalle

B e r l i n C 2
Börse, Zimmer 182

GEBAUDELÄNGE 350 m . STAMMHAUSGRÜNDUNG 1884

POSTSCHLIESSFACH: 686/687

TELEFON: ORTSVERKEHR 25441, 28751, FERNVERKEHR 20450

LAGER MANNHEIM 40334, MÜNCHEN 80727, NÜRNBERG 44588

DRAHTWORT: EISENFUCHS STUTTGART

POSTSCHECKKONTEN: STUTTGART 144, WIEN D-136.934, ZÜRICH 16437

BANKEN: DRESDNER BANK STUTTGART

STÄDTISCHE GIROKASSE STUTTGART 27934

REICHSBANK-GIROKONTO

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht

Unsere Zeichen

6/K/Ba.

Bitte wiederholen!

Unsere Nachricht

STUTTGART

Betr.

Spatzenmaschinen "Spätzlesschwob"
aus Leichtmetall

3. Nov. 1939

Der Hersteller dieser in Süddeutschland sehr bekannten Spatzenmaschine, teilt uns mit, daß die Weiterfabrikation des Artikels auf Grund der Anordnung Nr. 47 nicht mehr möglich ist. Wir baten nun den Fabrikanten,

Robert Kull, Bad-Cannstatt, Neckartalstr. 117
bei Ihnen eine Ausnahmegenehmigung zu beantragen.

Diesen Antrag möchten wir, als maßgebende, süddeutsche Eisengroßhandlung unterstützen, mit folgender Begründung:

In Süddeutschland sind die sogenannten "Spätzle" aus dem Speisezettel der Hausfrau nicht wegzudenken. Besonders durch die Einschränkung von Fleisch, Eier und Fett, sind die sogenannten "Spätzle" eine wichtige Ausgleichsspreise geworden.

Besonders für die Landfrau bringt die erwähnte Spatzenmaschine "Spätzlesschwob" eine sehr große Erleichterung, denn sie macht damit viel rationeller Spatzen, als mit anderen Maschinen oder gar von Hand.

Auf das "Spätzle's-Gericht" kann die süddeutsche Hausfrau, besonders die Landfrau nicht verzichten. Zum Herstellen der Spatzen mit dem Spatzenbrett, also von Hand, hat die Bauersfrau keine Zeit.

Es muß also eine Spatzenmaschine auf dem Markt bleiben. Die übrigen Maschinen aus Weißblech oder verzinkt sind unter allen Umständen entbehrlicher, als die Spatzenpresse "Spätzlesschwob" aus Leichtmetall.

Aus diesem Grunde möchten wir Sie bitten, dem Antrag auf eine Ausnahmegenehmigung statt zu geben.

Mit Deutschem Gruss!
Eisen-Fuchs G.m.b.H.
i.V. *[Signature]*

2.4

DAS ENDE DER METALLBÖRSEN UND DER METALLBÖRSENVEREINE IN BERLIN UND HAMBURG

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 setzte sehr schnell die Verdrängung jüdischer Mitbürger ein. Betroffen war hiervon auch der Verein der Interessenten der Metallbörse in Berlin. Bereits am 3. Juli 1933 wurde ein neuer Vorstand unter dem kommissarischen Vorsitz von Direktor W. Simon (Metallgesellschaft, Frankfurt) bestimmt⁶⁹, nachdem „im Zuge der Gleichschaltung die bisherigen Vorstandsmitglieder (...) ihr Amt niedergelegt hatten“⁷⁰. Auch Gründungsmitglied und Vorsitzender Adolf Schoyer musste zurücktreten. Am 28. Juli 1933 folgte die turnusmäßige Generalversammlung, in deren Verlauf der Vorsitzende Direktor Simon und weitere Vorstandsmitglieder ihre Ämter zur Verfügung stellten. Es kam zur Neuwahl des gesamten Vorstandes, neuer Vorsitzender wurde Kommerzienrat Max Hensel (Firma Kölle & Hensel, Berlin)⁷¹.



FIRMA KÖLLE & HENSEL, BERLIN

Mit großer Sorge betrachteten die Metallbörsenvereine in Berlin und Hamburg das neue Wiederaufbaugesetz⁷², denn es war völlig unklar, ob die Metallbörsenvereine in der neuen Fachgruppenorganisation aufgehen sollten oder sich ihre Eigenständigkeit würden bewahren können.

Pessimistisch äußerte sich der Berliner Geschäftsführer Dr. Christoph Knipper. Er berichtete auf einer Mitgliederversammlung des Berliner Metallbörsenverbandes, dass *Eugen Lehnkering aus Duisburg zum Führer des Metallgroßhandels bestellt worden sei. Es sei vorgesehen, dass sämtliche Metallgroßhändler kraft Gesetzes Mitglieder des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Überseehandels würden, und in die bei diesem Verband bestehenden Fachgruppen eingereiht würden. Da für den Metallhandel eine besondere Fachgruppe vorgesehen sei, würden sämtliche Metallgroßhändler zwangsweise in diese Fachgruppe eingegliedert. Die bestehenden Verbände des Metallgroßhandels hätten sich aufzulösen, so dass in Zukunft nur eine einzige Fachorganisation, die Reichfachschaft des Metallgroßhandels, bestehen werde. Es sei in Aussicht genommen, innerhalb der Fachschaft bezirklich abgegrenzte Untergruppen zu bilden, an deren Stelle je ein Unterführer ernannt werde. Ferner sei damit zu rechnen, dass für einzelne Fachbereiche Unter-*

gruppen geschaffen würden, z.B. für Großhändler in Neumetallen, für diejenige in Altmetallen etc.⁷³ Damit in der Reichsfachschaft die besonderen Aufgaben und Belange der Metallbörsen richtig wahrgenommen würden, sei es wohl zweckmäßig, für die Börsen in Berlin und Hamburg je eine besondere Untergruppe zu bilden. Im Interesse der Berliner Metallbörse müsse der Verein darauf bestehen, dass eine solche Fachgruppe für die Berliner Metallbörse geschaffen werde⁷⁴. Die Metallbörsenvereine in Hamburg und Berlin wehrten sich letztlich aber erfolgreich gegen ihre Eingliederung in die neue Fachgruppe Metalle. Sie machten zusammen mit den zuständigen Handelskammern geltend, dass die Metallbörsenvereine in der Hauptsache die Träger des Warenterminhandels an der Börse seien. Nach „vielfachen und eingehenden Beratungen schloss sich das Reichswirtschaftsministerium diesen Gedanken an“⁷⁵. Der Verein deutscher Metallhändler ging dagegen in der neuen Fachgruppe Metalle auf⁷⁶.

COLLAGE: SCHMITZ



Die staatlich angeordnete Metallbewirtschaftung hatte zur Folge, dass die Metallbörsen in Berlin und Hamburg nur noch sehr eingeschränkt agieren konnten. So äußerte sich der Vorsitzende des Berliner Metallbörsenvereins Max Hensel im September 1934 besorgt. Die Umsätze der Metallbörse seien im zurückliegenden Jahr deutlich zurückgegangen. Ursächlich hierfür seien die von der Regierung vorgeschriebenen Preisbe-

schränkungen und die Ausschaltung der nicht gewerbsmäßigen Metallhändler gewesen⁷⁷. Diese Entwicklung sollte sich fortsetzen. Dem Geschäftsbericht des Berliner Metallbörsenvereins für die Jahre 1935 bis 1937 ist zu entnehmen, dass die Berliner Metallbörse stark an Bedeutung verloren hatte. Der Abschluss neuer Termingeschäfte sei nämlich infolge der Bestimmungen der Überwachungsstelle⁷⁸ für unedle Metalle, unmöglich geworden. Diese Überwachungsstelle versuchte immer wieder Einfluss auf die Notierungen der Metallbörse zu nehmen. Im Sommer 1934 ging sie dazu über, Richtpreise für unedle Metalle festzusetzen und entzog damit dem Metallbörsenhandel im Deutschen Reich die Grundlage⁷⁹. Verhandlungen mit der Überwachungsstelle und dem Reichswirtschaftsministerium, die dazu führen sollten den Berliner Terminmarkt wieder funktionstüchtig zu machen, seien gescheitert. Auch der Hamburger Metallbörsenverein habe mit seinen Verhandlungen keinen Erfolg gehabt. Dennoch habe man die Berliner Metallnotierungen aufrechterhalten, wenn diese Notierungen auch nur eine nominelle Bedeutung gehabt hätten⁸⁰. Das Ende der Berliner Metallbörse kam faktisch 1935. Kurt Elfe, Vorsitzender des Vorstands der Berliner Metallbörse stellte kurz nach Neujahr 1935 fest: „Zusammenfassend muss gesagt werden, dass die Maßnahmen der Überwachungsstelle für unedle Metalle dazu geführt haben, dass der Metallhandel an den Metallbörsen in Berlin und Hamburg vollständig aufgehört hat. ... Es ist daher schon wiederholt die Frage aufgeworfen worden, ob man nicht die Metallbörse überhaupt schließen sollte. Der Metallhandel wie auch der Börsenvorstand sind aber der Meinung, dass man einen solchen Schritt nicht tun sollte, schon des ungünstigen Eindrucks wegen, den eine derartige Maßnahme hervorrufen würde“⁸¹.

”

1936 hatte der Vorstand des Berliner Metallbörsenvereins durch die Einrichtung von Metallbörsentrefftagen, die *„unter lebhafter Beteiligung einige Male stattgefunden haben“*, versucht den Zusammenhang unter den Mitgliedern zu fördern.

“

*„Die Anberaumung weiterer Trefftage erwies sich aber in der Folgezeit als unzweckmäßig, da es im Hinblick auf schwebende Verhandlungen mit den Behörden untunlich erschien, Aussprachen in einem größeren Kreis über die zugrundeliegenden Fragen abzuhalten“*⁸².

Nicht anders war die Situation an der Hamburger Metallbörse, auch dort *„musste notgedrungen der Börsenverkehr aufhören“*, betonte der Vorsitzende des Hamburger Metallbörsenvereins, Dr. Eitel, im September 1936. Der Börsenvorstand habe sich länger als ein Jahr *„mit allen möglichen Gedanken und Entwürfen beschäftigt, die sich die Wiederingangsetzung des Börsenverkehrs zum Ziele gesetzt hatten. (...) Es hat sich aber bei allen diesen Plänen nach eingehenden Beratungen immer wieder herausgestellt, dass durch solche Maßnahmen von irgendeinem auch nur einigermaßen wirklichem und freien Börsenverkehr nicht die Rede sein konnte.“*

”

*Die Börse wäre letztlich doch nichts anderes geworden als ein an sich ziemlich überflüssiger Durchgangsverkehr vom Produzenten zum Konsumenten – ein Vorgang der also dem eigentlichen Zweck der Börse auch nicht annähernd entsprechen konnte.*⁸³

“

Der Verein der Interessenten der Metallbörse in Berlin hielt Anfang 1938 noch einmal eine Generalversammlung ab, die erste seit 1935. Aus heutiger Sicht bemerkenswert war, dass noch einige jüdische Händler/Firmen anwesend waren, so Franz Levy für die Firma Mosler und Herr Goldberg für die Firma N. Levy-Stern AG. Es ging in erster Linie um die Zukunft des Vereins, denn der Börsenhandel war letztlich zum Erliegen gekommen. Vorsitzender Kommerzienrat Max Hensel führte aus, dass sich der Vorstand in den letzten Sitzungen sehr eingehend mit dem weiteren Schicksal des Vereins befasst habe. Der Vorstand sei hierbei zu der Auffassung gelangt, dass der Verein aufrechterhalten werden solle, selbst wenn gegenwärtig sein Arbeitsgebiet eingeengt worden sei. Daraufhin beschloss die Generalversammlung einstimmig, den Verein bestehen zu lassen⁸⁴. Mitten im 2. Weltkrieg, am 16. Juni 1941, erkundigte sich das Amtsgericht Berlin Charlottenburg beim Verein über die Neuwahl des Vorstands. Geschäftsführer Dr. Müller teilte dem Gericht daraufhin mit, dass die Tätigkeit des Vereins zur Zeit ruhe, da infolge der Bewirtschaftungsmaßnahmen ein Metallbörsenverkehr nicht stattfinde.

1942/43 ordnete das Reichswirtschaftsministerium die sogenannte „Kartellrationalisierung“ an. Hierunter verstand man die nationalsozialistische Zwangsenkung der Wirtschaft, unter anderem durch den Zusammenschluss von Unternehmen oder zentraler Planung. Kartelle wurden bewusst genutzt, um die industrielle Leistungsfähigkeit trotz Bombenkrieg sowie Rohstoff- und Arbeitskräftemangel zu erhöhen. 1943 gab es – neben den 1934 eingeführten

Wirtschaftsgruppen (siehe 2.1) immer noch Organisationseinheiten bzw. Verbände innerhalb der Wirtschaft, die eigenverantwortlich bestimmte Aufgaben erfüllten. Dies sollte sich nun ändern.

In einem Erlass des Reichswirtschaftsministers vom 20. Mai 1943 heißt es dazu: *„Die Durchführung der Bewirtschaftung ... lässt es geboten erscheinen ... , dass auch die neben der Bewirtschaftung verbleibende Marktregulierung ebenfalls den Gruppen übertragen wird. Es ist deshalb im Allgemeinen nicht mehr erforderlich, hierfür eine besondere Verbandsorganisation aufrecht zu erhalten. Die Doppelorganisationen der Wirtschaft in Gruppen und marktregelnden Zusammenschlüssen ist im Zuge der Ausrichtung auf den totalen Krieg so weit wie möglich zu beseitigen. Überall da, wo die Gruppen in der Lage sind, marktregelnde Aufgaben zu übernehmen, ist in Zukunft grundsätzlich kein Raum mehr für ein Eigenleben von marktregelnden Zusammenschlüssen.“*

Während der VdM bereits 1934 Teil der Fachgruppe Metalle geworden war, existierten die Metallbörsenvereine in Berlin und Hamburg unter ihren alten Namen formal weiter fort. Nun war die Sorge groß, dass die Kartellrationalisierung zu ihrem Ende führen würde. Der Hamburger Verein schrieb deshalb recht ausführlich an die Fachgruppe Metalle, warum er weiterhin bestehen bleiben müsse, der Berliner Verein schloss sich in einem kurzen Schreiben dieser Argumentation an. Offenbar mit Erfolg, denn beide Vereine wurden im Rahmen der Kartellrationalisierung nicht aufgelöst.

Aktiv wurden beide Metallbörsenvereine aber nicht mehr. Am 11. Oktober 1954, also 13 Jahre nach seiner letzten Erkundigung, fragte das Amtsgericht Charlottenburg erneut nach. Vorstandsmitglied Direktor Dr. Erich Thürmel (Siemens-Schuckertwerke AG Berlin) veranlasste

daraufhin, dass sich die interessierten Firmen nochmals über die Zukunft des Vereins verständigten. An das Amtsgericht schrieb er, *„bis heute ist auch eine Vereinstätigkeit nicht wieder aufgenommen worden. Da die Metallbörse in Berlin nicht mehr in Funktion ist und vermutlich auch in absehbarer Zeit kaum wieder aufleben wird, erscheint die Bestellung eines Notvorstandes nicht erforderlich“*.

”

Am 20. Februar 1957 schloss sich das Vereinsmitglied Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) dem Brief von Erich Thürmel an. Mit Datum vom 28. Februar 1957 vermerkte das Amtsgericht in seinen Akten: *„Der Verein ist als tatsächlich nicht mehr bestehend von Amts wegen gelöscht“*⁸⁵.

“

Der Verein der am Metallhandel beteiligten Firmen in Hamburg war wohl nie ins Vereinsregister eingetragen worden⁸⁶, er konnte somit auch nicht gelöscht werden. Am 29. Oktober 1945 sandte der Verein an die *„Herren Mitglieder“* noch einmal ein Mitgliederverzeichnis *„nach dem neuesten Stande zur gefl. Kenntnis“*⁸⁷. Offenbar versuchte man unmittelbar nach Kriegsende den Hamburger Metallbörsenverein zu reaktivieren. Dr. Rudolf Müller schrieb im Februar 1946 über die Reorganisation des Hamburger Metallhandels: *„Diese kristallisierte sich zunächst um den Hamburger Metall-Börsenverein des Herrn Dr. Klöver, der jetzt seit mehreren Wochen aus politischen Gründen abgebaut ist“*⁸⁸.

**Verein
der am Metallhandel beteiligten
Firmen in Hamburg**



Hamburg 11, den 25. Juni 1943.
Börse

28. Juni 1943

An die

Fachgruppe Metalle der Wirtschafts-
gruppe Gross- und Aussenhandel,

B e r l i n C 2 ,

Börse, Neue Friedrichstr. 51/52.

Betr.: Kartellrationalisierung.

In vorläufiger Erwiderung auf die dortige Zuschrift vom 9. d. M.
-Dr. M/H- wurde Ihnen unter dem 17. d. M. wie folgt telegraphiert:

"Ihr Schreiben 9.6. betr. Kartellrationalisierung.
Sind mit Auflösung Organisation und Übertragung Aufgaben
auf Sie nicht einverstanden. Begründung folgt, nachdem Ge-
legenheit war, Angelegenheit innerhalb des Vorstandes und
mit Gauwirtschaftskammer Hamburg zu besprechen."

In Bestätigung dieses Telegramms wird weiter mitgeteilt, dass
der Vorstand unseres Vereins beschlossen hat, zur Begründung der te-
legraphisch übermittelten Stellungnahme sich wie folgt zu äussern:

Der Verein der am Metallhandel beteiligten Firmen in Hamburg
ist seit der Zeit seiner Gründung diejenige hiesige Organisation von
Fachfirmen, die die Grundlage der Hamburger Metallbörse bildet. Die
Hamburger Metallbörse, deren Vorstand mit dem Vorstand des Vereins
der am Metallhandel beteiligten Firmen identisch ist, beruht auf der
seinerzeit genehmigten Zulassung des Metallterminhandels an der hie-
sigen Börse durch das Reichswirtschaftsministerium; als Träger der
Hamburger Metallbörse ist der Verein der am Metallhandel beteiligten
Firmen in der hamburgischen Börsenordnung vom 27.4.1935 (10.3.1936)
verankert. Als bei der Schaffung der Neuorganisation der gewerblichen
Wirtschaft die hier bestehenden wirtschaftlichen Fachvereine in die
Organisation der gewerblichen Wirtschaft übergeführt bzw. aufgelöst
wurden, sind mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministers und im
Einverständnis mit der Wirtschaftsgruppe Gross- und Aussenhandel im
§ 40 der hamburgischen Börsenordnung diejenigen hiesigen rein ört-
lichen Firmenvereinigungen oder Börsenvereinigungen, wie man sie frü-
her nannte, die die Grundlage der hiesigen Terminbörsen bilden, als
Träger der Börse, durch die deren Verwaltung durchgeführt wurde,
ausdrücklich bezeichnet worden.

Nach

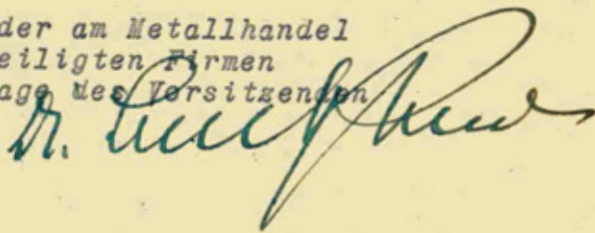
Nach hiesiger Auffassung gehören diese Börsenvereine nicht zu den marktregelnden Verbänden, so dass auf sie die Massnahmen der Kartellrationalisierung nicht zur Anwendung gebracht werden können.

Zurzeit sind die hiesigen Terminbörsen, wie alle Terminbörsen in Deutschland, stillgelegt, da ein Termingeschäft nicht möglich ist. In den ersten Jahren des Krieges sind seitens des Gesamtbörsenvorstandes mit den Börsenvereinigungen in Anwesenheit von Vertretern der Börsenabteilung des Reichswirtschaftsministeriums Verhandlungen darüber geführt worden, ob und inwieweit die Börsenorgane für eine Mitwirkung in der Kriegswirtschaft herangezogen und für den Wiederaufbau des Aussenhandels nach Kriegsende zum späteren Einsatz erhalten werden können. Dabei ist man zu dem Ergebnis gekommen, dass, da vorläufig eine Tätigkeit der Börsenorgane nicht in Frage kommt, an den bestehenden Bestimmungen Änderungen nicht vorgenommen werden sollen; dadurch soll die Möglichkeit offen gehalten werden, dass die Börsenorgane bei Kriegsende für eine Mitwirkung in der dann notwendig werdenden Versorgungs- und Vorratswirtschaft wieder aktiviert werden können. Diesen Absichten würde es widersprechen, wenn jetzt an dem Bestand der den Unterbau der hiesigen Börse bildenden lokalen Vereinigungen Änderungen vorgenommen würden.

Der Vorstand des Vereins der am Metallhandel beteiligten Firmen, dem nicht bekannt ist, aus welchem Grunde sich der Verein auf der Liste derjenigen Vereinigungen befindet, die im Wege der Kartellrationalisierung zur Auflösung gebracht werden können, vermag sich daher mit der Anwendung der in Betracht kommenden Massnahmen auf den Verein nicht einverstanden zu erklären.

Von dieser Äusserung wird ein Durchschlag der Gauwirtschaftskammer Hamburg bzw. dem Gesamtbörsenvorstand der Hamburger Börse und der Börsenabteilung des Reichswirtschaftsministeriums übermittelt. Falls dort weitere Massnahmen beabsichtigt werden sollten, wird darum gebeten, nichts zu unternehmen, ohne vorher eine Abstimmung mit der Börsenabteilung des RWM. und dem hiesigen Gesamtbörsenvorstand vorgenommen zu haben.

Verein der am Metallhandel
beteiligten Firmen
im Auftrage des Vorsitzenden



2.5

ARISIERUNG DES METALLHANDELS

”

Dr. Rudolf Müller stand dem Nazi-regime ablehnend gegenüber, war er doch eng mit den jüdischen Gründungsvätern des Verbandes verbunden.

“

Trotzdem stellte ihn das Schicksal im Dritten Reich an eine wichtige Schaltstelle, denn die aus den Verbänden hervorgegangenen Fachgruppen hatten auch quasi öffentlich-rechtliche Funktionen wahrzunehmen. Hier bedurfte es seitens der Geschäftsführung diplomatischen Geschicks, denn natürlich waren auch unter den Metallhändlern einige braune Zeitgenossen zu finden. Ein besonders verwerfliches Thema im NS-Staat war die sogenannte Arisierung, also die Verdrängung von Juden aus Handel und Gewerbe.

Als besonders unangenehm hatte sich das Metallhandelsunternehmen G⁸⁹ aus einer Kleinstadt am Niederrhein hervor getan. G war Anfang 1937 von der Geschäftsstelle in Berlin gebeten worden, sich in Düsseldorf um Räumlichkeiten zur Durchführung des Treffages West zu kümmern. G empfahl recht schnell das Hotel Breidenbacher Hof, merkte allerdings zur Durchführung an: *„Was nun die (...) in Aussicht genommene Aussprache mit den arischen Metallhändlern des Westens anbetrifft, so habe ich mich nochmals mit einigen größeren Firmen ins Benehmen gesetzt und diese Herren vertreten nun den Standpunkt, dass eine Erörterung der Fragen nur dann vorgenommen werden könnte, wenn die in Rheinland*

*und Westfalen zuständigen Behörden und Organisationen eingeladen würden. Sofern dies nicht der Fall ist, haben diese Herren an einer Aussprache kein Interesse.“*⁹⁰ Im Klartext bedeutete das: Trefftag ja, aber nur unter Kontrolle der braunen Machthaber.

Ein halbes Jahr später kommentierte er ein Rundschreiben der Geschäftsstelle wie folgt: *„Bei Durchsicht der mit Ihrem Schreiben übermittelten Liste stelle ich fest, dass es sich bei den aufgeführten Sachverständigen doch meistens um jüdische Herren handelt und ich glaube, dass es heute nicht mehr angebracht ist, diese als Sachverständige oder zur Ausarbeitung von Gutachten heranzuziehen.“*⁹¹

Auch beim Thema Arisierung tat sich G unruhlich hervor. Im Rahmen der Arisierung wurden kleinere und größere jüdische Metallgroßhandlungen zunächst enteignet und dann an arische Unternehmen übertragen. Zum Jahreswechsel 1937/38 traf es unter anderen die Firma M. Stern AG in Essen. G fragte daraufhin bei der Geschäftsstelle an, ob *„dieses Kontingent unter verschiedene arische Firmen im hiesigen Bezirk aufgeteilt werden könnte“*. Man bemühe sich schon seit einiger Zeit, wenigstens die Devisen für den Import zu erhalten.⁹² G kritisierte insbesondere, dass im vorliegenden Fall ein Industriekonsortium (Mannesmann-Röhrenwerke AG, Hoesch AG, Th. Goldschmidt AG, Rheinmetall-Borsig AG) den Zuschlag erhalten habe. *„Ich sehe darin eine außerordentlich große Gefahr für den freien, selbstständigen, arischen Metallgroßhandel, da sowohl die Belieferung mit Alt- und Neumetallen als auch die Verkäufe sämtlicher Materialentfälle für die vorgesehenen Konzernwerke selbstverständlich nur über die neue Gründung*

laufen. Dadurch wird das Arbeitsfeld des freien Metallhandels, das an sich schon in den letzten Jahren durch die Umarbeitungskontrakte, direkte Verkäufe der Werke an die Verbraucher sowie durch die vielen Anordnungen, sehr klein geworden ist, logischerweise immer geringer werden".⁹³

Auch in einem anderen Fall bemühte sich G erfolglos um die Übernahme eines jüdischen Betriebes und beschwerte sich darüber, dass „die Einrichtungsgegenstände an einen Reichsdeutschen, der seinen Wohnsitz in Holland“ habe, übergegangen seien. Der Mann habe logischerweise weder eine Metallhandelskonzession noch die Genehmigung zur Eröffnung eines Schmelzbetriebes. G richtete diesbezüglich an die Geschäftsstelle eine Anfrage, ob hiergegen nicht etwas unternommen werden könne.⁹⁴

Dr. Müller antwortete auf alle diese Vorgänge stets unverbindlich. Mal verwies er darauf, dass das Begehren von G in Absprache mit dem Fachgruppenleiter Konsul Kröger auf die Tagesordnung der nächsten Beiratssitzung gesetzt werde⁹⁵, ein anderes mal betonte Dr. Müller, er habe vom Brief des G mit großem Interesse Kenntnis genommen, empfehle aber, die Angelegenheit der Wirtschaftskammer in Düsseldorf vorzutragen⁹⁶. Kurz: Geschäftsführer Dr. Müller lies die Begehrlichkeiten des G höflich aber elegant ins Leere laufen, die Vorgänge verschwanden in den Akten. Nur der Vollständigkeit halber sei angemerkt, dass die Geschäftsräume des G im September 1942 und im Juni 1943 jeweils fast vollständig durch Bombenangriffe zerstört wurden. Anfang 1944 starb G eines natürlichen Todes.

Nicht besser war der Metallhändler M aus Ulm. Er war offenbar unzufrieden mit den Zuteilungen durch die Überwachungsstelle für Metalle und schrieb deshalb 1937 an die Fachgruppe Metalle: „In der Einlage erhalten Sie einen Artikel, entnommen dem „Stürmer“, überschrieben „Der



Jude im Tabakhandel"⁹⁷. Dieser Artikel, welcher genau das bestätigt was wir im Metallhandel schon seit einigen Jahren, seit Bestehen der Überwachungsstelle, haben, gibt mir Veranlassung an Sie heran zu treten mit der Frage: Wäre es möglich, dass auch in unserem Handel, die bis jetzt bestehenden Missstände abgeschafft werden? Ich allein kann an der Sache nichts machen, denn einer allein ist keiner, dagegen wenn Sie als der Vertreter von mir, dem ich doch eigentlich meine Bitten und Klagen anbringen soll, die Sache in die Hand nehmen, sollte doch meines Erachtens schon etwas zu erreichen sein, denn Sie müssen doch selbst sagen, dass es nicht gerecht ist, wenn ich als aufstrebender Kaufmann, wenn ich persönlich werden darf, der innerhalb von 10 Jahren die größte Metallgroßhandlung des gesamten Gebiets Schwaben hat, zusehen muss, wie mein Konkurrent der Jude Nathan Strauß, der schon seit Jahrzehnten das alleinige Privileg als Jude in der ganzen Umgebung in der Hand hat, heute überhaupt nicht mehr ins Geschäft gehen braucht, da er ja eine große Zuteilung, auf Grund seines früheren Verbrauchs, hat, auf bedarfsscheinpflichtige Metalle, während ich das mehrfache an Aufträgen abweisen muss, weil meine Zuteilung erschöpft ist. Ich möchte Sie bitten, überlegen Sie sich den Fall und Sie müssen mir 100%ig beistimmen! Das diese Handhabung, wie sie bis jetzt ausgeübt wurde, ein Schlag ins Gesicht für jeden aufstrebenden, ordentlichen Kaufmann ist, und gerade das Gegenteil vom dem verwirklicht was von Partei wegen schon viele Jahre lang angestrebt wird, werden Sie zugeben.

Ich bitte höfl. um Ihre Rückäußerung, wie Sie sich zu der Sache stellen, denn an eine Auflösung der Überwachungsstelle, ist vorerst gar nicht zu denken und einen solchen Zustand auf Jahre hinaus noch zu ertragen wäre undenkbar, außerdem ist Stillstand gleich Rückgang und ich gebe die Hoffnung nicht auf und erwarte, dass auch hier Abhilfe geschaffen wird. Heil Hitler. M.⁹⁸

Der Brief wurde von der Geschäftsstelle sodann an Konsul Kroeger und Franz Schwalbe als Leiter der Fachgruppe Metalle bzw. Fachuntergruppe Altmetalle weitergeleitet. Schwalbe antwortete Dr. Müller:

„Was Herr M. ausführt, ist mir seit längerer Zeit bekannt. Die Angelegenheit wurde auch schon des Öfteren erörtert. Die Überwachungsstelle für unedle Metalle gab jedoch zum Ausdruck, dass sie sich nach den Vorschriften richten muss. So viel ich unterrichtet bin, werden in Fragen, die die Juden betreffen, auch Ausnahmen gemacht, und ich möchte vorschlagen, die Sache am Mittwoch kommender Woche zur Sprache zu bringen“⁹⁹.
Dass die Fachgruppe in dieser Sache letztlich aktiv wurde, darf bezweifelt werden, denn in der Mitgliedsakte des M findet dieser Vorgang keine weitere Erwähnung.

Im März 1938 sah sich die Fachgruppe Metalle wohl veranlasst, seine Mitglieder per Rundschreiben darauf hinzuweisen, dass bei der Arisierung die Zustimmung der Gauleitung erforderlich sei. Der Text des Rundschreibens wurde der Fachuntergruppe Altmetalle dann auch gleich von der NSDAP vorgegeben: *„Ich würde daher lediglich folgendes veröffentlichen: ‚Die Übernahme einer jüdischen Firma bedarf der Zustimmung des zuständigen Gauwirtschaftsberaters der NSDAP. Interessenten, die eine jüdische Firma übernehmen wollen, haben sich daher vor Aufnahme von Verhandlungen mit dem zuständigen Gauwirtschaftsberater ins Benehmen zu setzen‘. Bei der Arisierung von Firmen, die Ihrer Fachgruppe angehören, erscheint mir eine enge Zusammenarbeit zwischen meinem Amt und der Fachgruppe dringend erforderlich.“¹⁰⁰*

Spätestens 1938 wurde das Leben im Reich für jüdische Mitbürger nicht nur unerträglich, sondern auch gefährlich. Wer die Möglichkeit hatte, emigrierte ins Ausland, wie der frühere VDM Vorsitzende Adolf Schoyer, der von Berlin nach London zog. Das langjährige VDM Vorstandsmitglied Jacob Levy (Foto) beabsichtigte nach Südafrika auszureisen und bat den Vorsitzenden der Fachgruppe Metalle, Konsul Kroeger, um eine dafür notwendige Bescheinigung, die ihm Geschäftsführer Dr. Müller, nachdem er sich das Einverständnis von der Wirtschaftsgruppe Groß- und Einzelhandel geholt hatte, Ende November 1938 auch ausstellte¹⁰¹.



Jacob Levy

1. November 1938

Sehr geehrter Herrr Konsul.

Gestatten Sie mir, als ehemaligem Vorstandsmitglied des „Vereins Deutscher Metallhändler“ Ihnen in folgender Anglegenheit zu schreiben.

Ich bin mit der Bearbeitung meiner Auswanderung nach Süd-Afrika beschäftigt und wurde in diesem Zusammenhang ersucht, von offizieller Seite einen Beleg dafür beizubringen, dass ich seit längerer Zeit in der Metallbranche tätig war, als branchekundig anzusprechen bin und mich eines guten Rufes erfreue.

Demgemäß richte ich sehr geehrter Herr Konsul an Sie die ergebene Bitte mir frdl. von Seiten der Fachgruppe eine entsprechende Bestätigung zur Weitergabe an die Einwanderungsbehörde zugehen zu lassen, dies damit nicht etwa meine Einwanderung infolge Fehlens eines solchen Dokumentes in Frage gestellt werden kann.

Ich mache erg. darauf aufmerksam, dass ich Mitgründer des Vereins Deutscher Metallhändler und des Vereins der Interessenten der Metallbörse, wie auch der hiesigen Metallbörse selbst war und demgemäß auch bis 1933 Mitglied der Vorstands- und Schiedsgerichts-Kollegien beider Vereine gewesen bin. U. A. war ich ferner Mitglied der Fachausschüsse für unedle und für Edel-Metalle bei der Industrie- und Handelskammer Berlin sowie vereideter Sachverständiger bei den Berliner Gerichten.

Ich darf wohl annehmen, dass die vorstehenden Angaben vom hiesigen Büro der Fachgruppe bestätigt werden könnten. In Übrigen sind jedenfalls die Herren A. Schoyer, Hier und Herr Handelskammer-Syndikus Dr. Ch. Knipper, Charlottenburg, Windscheidstraße 31 in der Lage, Auskunft über mich zu erteilen. Auch erlaube ich mir Fotokopie eines Londoner Einführungsschreiben für mich mit der Bitte um gef. Rückgabe beizulegen und zeichne mit verbindlichem Dank im Voraus für frdl. Unterstützung meiner Bemühungen,

hochachtungsvoll, ergebens

Jacob Levy

2.6

DER METALLHANDEL IN KRIEGSZEITEN

Der Metallhandel hatte sich spätestens seit 1934 grundlegend verändert. Marktwirtschaftliche Regeln waren einem nationalsozialistisch gelenkten Wirtschaftssystem gewichen, der freie Handel wurde durch Richtpreise und diverse Marktlenkungsmaßnahmen ersetzt. Mit Kriegsbeginn verschärfte sich die Lage erneut. Schon ein halbes Jahr nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges war die Kriegswirtschaft überall spürbar. Mit Rundschreiben Nr. 2/40 wies Geschäftsführer Dr. Müller darauf hin, dass der bisherige Rundschreibendienst aufgrund von Sparmaßnahmen eingestellt werden müsse: *„Unsere Nachrichten werden den Mitgliedern künftig grundsätzlich nur noch durch Abdruck in den offiziellen Mittellungen (...) bekanntgegeben. Außerdem machen wir darauf aufmerksam, dass infolge Personalabbau die Sprechstunden in der Geschäftsstelle innegehalten werden müssen, die von 11 bis 13 Uhr festgesetzt sind.“*¹⁰⁹

Metallsammlungen und Recycling

Die Rüstungsindustrie benötigte während des Krieges große Mengen Metall. Denkmäler, Kunstgegenstände und sogar Kirchenglocken wurden eingeschmolzen und dienten so der Kriegsproduktion. Wer sich Altmetalle widerrechtlich aneignete wurde streng bestraft. Ab 1942 gab es eine Verordnung, wonach abgelieferte Metalle und Metallerzeugnisse für den kriegswirtschaftlichen Bedarf eingezogen wurden und vom Zeitpunkt der Ablieferung an als Eigentum des Reiches galten.

Die Reichsstelle Eisen und Metalle ernannte sogenannte Vertrauenshändler, die das Material *„lediglich zur Einlagerung und sonstigen Behandlung und zum Abtransport“* nach Weisung der Reichsstelle übernehmen durften.



Staat und Partei organisieren zahlreiche gezielte Sammelaktionen, beispielsweise zur Metallerfassung in Gaststätten. Das diese Sammelaktionen nicht immer von Erfolg gekrönt waren, zeigt ein Schreiben des Rheinischen Erz- und Metallhandels vom 2. Juli 1942 an die Fachuntergruppe Altmetalle: *„In den uns zur Bearbeitung zugewiesenen Bezirken gibt es ... rund 7000 meldepflichtige Betriebe, die ... zur Auflage hatten, bis zum 15. Juni hier eingehend, ihre abgabepflichtigen Metallgegenstände zu melden. Bisher sind jedoch nur rund 550 Meldungen ... bei uns eingegangen. Von diesen 550 Meldungen waren 350 Fehlmeldungen, der Rest hatte ein Ergebnis von ca. 6,2 t in kleinen und kleinsten Mengen, z. T. unter 1 kg.“*



Beim Recycling wurde streng darauf geachtet, dass möglichst alle Bestandteile wiederverwertet werden konnten. So beschäftigt sich ein Schreiben der Fachuntergruppe Altmetalle vom 17. Juli 1942 an interessierte Kabelzerleger mit der Ausschachtung von Kabeln: „(...) sehen wir uns veranlasst, Sie ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, dass das Abbrennen von Kabeln unter keinen Umständen in Frage kommt. Es muss vielmehr in Anbetracht der besonderen rohstoffwirtschaftlichen Lage darauf gesehen werden, die in den Kabeln vorhandenen Isolierungsstoffe neben den Metallinhalten restlos wieder zurückzugewinnen. Hierbei ist also zu bedenken, dass vor allen Dingen auch die Isolierungsstoffe wie Guttapercha, Gummi-Isolierung, Jute und andere Textilge-spinste sowie Isolierpapier restlos erfasst werden. Für diese Rückgewinnungsarbeiten ist die Anschaffung einer besonderen Kabelzerlegemaschine erforderlich, wenn nicht die Möglichkeit einer manuellen Zerlegung der Kabel besteht.“

Bitte um UK-Stellungen

Aber nicht nur Metalle und diverse Sekundärrohstoffe wurden benötigt, sondern auch Soldaten.

Die Fachgruppe Metalle und die Fachuntergruppe Altmetalle wurden deshalb von der Führung angewiesen, ihre Mitglieder auf das notwendige Verhalten im "totalen Krieg" hinzuweisen. Die Bereitschaft der Metallhändler, die wenigen noch im Betrieb verbliebenen Mitarbeiter nun auch noch in den Krieg zu schicken, war aber verständlicherweise sehr gering. Ab 1943 wurde die militärische Lage immer aussichtsloser, die Wehrmacht zog deshalb auch ältere sowie zuvor als untauglich eingestufte Männer zum

Kriegsdienst ein. Da lag es nahe, dass man versuchte eine Freistellung vom Kriegsdienst mit der Begründung zu beantragen, der Betreffende sei im Betrieb unabkömmlich. Folglich häuften sich nun in der Geschäftsstelle Schreiben von Mitgliedsunternehmen, die um Hilfe bei der Beantragung von UK-Stellungen baten. Die Unabkömmlichkeitsstellung war nach § 5 Abs. 2 Wehrgesetz eine befristete oder widerrufliche Entlassung oder Nichteinziehung von Fachkräften, die zur Durchführung einer Reichsverteidigungsaufgabe der Kriegswirtschaft unentbehrlich oder unersetzbar waren.

Die Geschäftsstelle unterstützte derartige Anträge nach Kräften. So bescheinigte die „Fachgruppe Metalle in der Arbeitsgemeinschaft Rüstungshandel beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion“¹⁰³, also Dr. Müller, dem späteren VDM Vorsitzenden Leo Bögemann folgendes: „Wir bestätigen hiermit, dass die Firma Hamburger Waren-Import (...) die sich ausschließlich mit der Versorgung der Rüstungsindustrie mit den erforderlichen Rohstoffen befasst und somit kriegswichtige Funktionen ausübt, als W-Betrieb anerkannt ist. Wir befürworten die UK-Stellung des Geschäftsführers, Herrn Leo Bögemann (...) nachdem bereits zwei Geschäftsführer der Firma zum

*Heeresdienst einberufen sind, und die Tätigkeit der Firma durch eine etwaige Einberufung des Herrn Bögemann zum Erliegen kommen würde*¹⁰⁴.

In einem weiteren Fall ging es um die Freistellung des am 19.1.1916 geborenen Jakob Bous aus Köln, der trotz eines chronischen Magenleidens eingezogen worden war. Dr. Müller setzte sich zusammen mit dem Chef des Betroffenen, dem Metallhändler Adolf Möcking, bei der Gauwirtschaftskammer Köln-Aachen für die Freistellung ein. Möcking begründete sein Anliegen recht ausführlich. Er wies beispielsweise darauf hin, dass sein Betrieb der Versorgung bedeutender Metallhütten mit metallischen Rohstoffen zur Gewinnung neuer Metalle, sowie der metallverarbeitenden Rüstungsindustrie mit den notwendigen Rohmaterialien diene. Er erhalte ständig aus den besetzten Westgebieten in Wagonladungen Beute- und Kaufgüter, die begutachtet, ausgeladen, sortiert, eingelagert oder weiterverladen werden müssten, was fachliche Kenntnisse erfordere. Es nützte nichts, er erhielt einen ablehnenden Bescheid: *„(...) müssen wir Ihnen leider mitteilen, dass eine Freistellung des Schützen Jakob Bous (...) nicht möglich ist*¹⁰⁵“. Begründet wurde die Entscheidung damit, dass nach den neu herausgegebenen Bestimmungen des Oberkommandos der Wehrmacht eine Rückführung von Wehrmachtsangehörigen absolut unmöglich sei¹⁰⁶.

Mangel an Arbeitskräften

Arbeitskräfte waren seit Kriegsbeginn knapp. Die Unternehmen ließen nichts unversucht, oft unter Einschaltung der Fachgruppe Metalle, um an neue Mitarbeiter zu gelangen. Da immer mehr Männer zum Wehrdienst eingezogen wurden, darunter viele, die zuvor noch als untauglich ausgemustert worden waren, konnte man oft nur auf sogenannte Ostarbeiter oder Strafgefangene zurückgreifen.

So schrieb beispielsweise der Hamburger Metallgroßhändler Otto Schilling: *„Im Zuge der augenblicklich laufenden Aktion muss ich damit rechnen, dass meinem Betrieb mehrere Facharbeiter (...) infolge Einberufung zur Wehrmacht entzogen werden. (...) Hierdurch wird es mir fast unmöglich, den mir gestellten Anforderungen gerecht zu werden. (...) Neuerdings habe ich auf Veranlassung des Oberkommandos der Kriegsmarine am Rossdamm einen Zerlegebetrieb eingerichtet. Hier werden unter Einsatz von Zivilgefangenen der Strafanstalten Fuhlsbüttel alte Kabel und nicht mehr verwendungsfähige Nachrichtengeräte der Kriegsmarine zerlegt, um die Mängelmetalle und sonstige Rohstoffe für die Wiederverwendung zu gewinnen. Für diesen Betrieb benötige ich ebenfalls ganz dringend Metallsortierer, die einmal die zum Einsatz kommenden Strafgefangenen anlernen und zum anderen die bei der Zerlegung der Kabel und Geräte entfallenden Altmetalle sachgemäß sortieren müssen. Dieser Zerlegebetrieb ist sehr in Frage gestellt, wenn mir kein Ersatz für meine eingearbeiteten Fachkräfte gestellt wird. Ich bitte daher dringend, in irgendeiner Form beim Arbeitsamt Eisen und Metalle, Hamburg zu intervenieren, damit mir die erforderlichen Ersatzkräfte schnellstens gestellt werden. Auf Grund der Schließung kleinerer Gewerbebetriebe mit weniger als 5 Gefolgschaftsmitgliedern müsste es sich wohl ermöglichen lassen, mir 3 Arbeiter, die eine gewisse Vorkenntnis der Metallbranche haben, zuzuweisen.“*¹⁰⁷

Die Antwort der Fachgruppe Metalle war eher ernüchternd, denn Dr. Müller schrieb¹⁰⁸, man sei leider nicht in der Lage, die Anforderung von Facharbeitern zu unterstützen. Allerdings könne man ein Bestätigungsschreiben zur Verfügung stellen, dies sei aber ja nicht erforderlich, da die Reichsstelle Eisen und Metalle bereits ein entsprechendes Schreiben verfasst habe. Wie die Sache ausging, ist nicht überliefert.

Metallgroßhandel

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Telegramm-Adresse:

Metgro - Breslau

Fernsprech-Anschluß: Nr. 80566



Bankkonto: Dresdner Bank

Reichsbank-Giro-Konto 8-784

Postscheckkonto: Breslau 81080

An die
Fachuntergruppe Altmetalle
der Fachgruppe Alt- und Abfall-
stoffe Wirtschaftsgruppe Groß-,
Ein- und Ausfuhrhandel

24. Aug. 1942

B e r l i n C 2, Börse
Neue Friedrichstr. 51/52

Ihr Zeichen:

-

Ihr Schreiben:

v.26.6.42

Unser Zeichen:

W/J.

Breslau 24, den 21. 8. 1942
Niklasweg 13 c
Schließfach

Betreff

Ihr Rundschreiben Nr. 8/42 vom 31. 7. Anordnung 52a Beschlagnahme
von Lagerbeständen an Metallen und Metallerzeugnissen vom 3. 3. 42
Bekanntmachung 17

In der Anlage überreichen wir Ihnen eine Ausfertigung der Meldung
für obenbezeichnete Anordnung. Ein Exemplar haben wir auf Ansuchen
der Reichsstelle bereits an diese weitergegeben.

Arbeitskräfte - Ihr Rundschreiben Nr. 2 vom 26. 6. 42

Zu Ihrer Information müssen wir Ihnen zu unserem Bedauern mitteilen,
daß die Zuteilung von Arbeitskräften für die einzelnen Aktionen der
Reichsstelle durch das hiesige Landesarbeitsamt sowie Arbeitsamt
vollkommen ungenügend ist. Wir stehen dauernd mit diesen Stellen
in Verbindung und monieren bzw. bitten um Zuteilung von Arbeits-
kräften. Dieser Zustand ist ganz besonders in Schlesien sehr
schlimm und wird die Lage noch dadurch verschärft, daß die zuge-
wiesenen Kräfte für diese Arbeiten ungeeignet sind und die auslän-
dischen Arbeiter immer wieder Fluchtversuche unternehmen und dadurch
für den hiesigen Arbeitseinsatz ausfallen. Wir haben dies auch
Herrn B e d k e von der Hauptabt. M zur Kenntnis gegeben mit
der Bitte, bei den einzelnen Stellen noch einmal vorstellig zu
werden. Wir bitten auch von Ihrer Seite nichts unversucht zu lassen
um eine flotte Bearbeitung zu ermöglichen. Sie können versichert
sein, daß wir unsere Verhandlungen bei den Arbeitsämtern mit dem
größten Nachdruck führen und daß es uns trotz unserer Bemühungen
nicht möglich ist, geeignete Arbeitskräfte zu erhalten. Zur Zeit
haben wir keine Arbeitskraft für die von der Reichsstelle verlangten
Meldungen etc. zur Verfügung. Wir bitten um Ihre Unterstützung.

Heil Hitler!

Metallgroßhandel G.m.b.H.

ppa, *[Signature]*

Anlage
I Meldung

ANTON MINHOLZ / ULM/Donau

METALLGROSSHANDLUNG

An die
Fachuntergruppe Altmetalle
der Fachgruppe Alt- u. Abfallstoffe
der Wirtschaftsgruppe Groß- u. Außenhandel

B e r l i n C 2

Neue Friedrichstraße 51/52

Büro und Lager: Baurengasse 1

Telefon Nr. 24 20

Bankkonti: Bayer. Hypotheken- u. Wechselbank
Filiale Ulm-Do.

Württembergische Bank, Filiale Ulm-Do.

Postscheckkonto: Stuttgart Nr. 211 63

Telegramm-Adresse: MINHOLZ, Baurengasse

RB-Nr. 2/0783/0007

Schmelzerei Unterelchingen

7. Jan. 1944

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Mein Zeichen:

M/W1

Tag:

5.1.44

Betr.: Anforderung Arbeiter

Ich wollte vermeiden, Sie deswegen in Anspruch zu nehmen, will Ihnen aber trotzdem kurz nachfolgende Schilderung über die derzeitige Lage geben.

Ich gebe Ihnen in der Anlage Liste meines Arbeiterstandes. Schon bei kurzem Überblick ersehen Sie, dass es sich um mehrere ältere Arbeiter handelt, leider ist der Arbeiter Straub (Nr.4) infolge Krankheit in der letzten Zeit gestorben, Nr.5, 6 und 12 sind schon seit Wochen wieder krank.

Vom Arbeitsamt Ulm habe ich nun gemäß Schreiben vom 25.11.43 zwei Hilfsarbeiter zuerkannt erhalten, bis heute aber noch keine Zuteilung bekommen. Auf persönliche Rücksprache meines Herrn M. haben wir uns geeinigt, dass zunächst nur ein Arbeiter überwiesen wird, was aber bis heute noch nicht erfolgte. Durch Schließung meiner Schmelzerei konnte ich mir zunächst aushelfen, durch weitere Sortiervereinfachung habe ich mir auch geholfen, ich erkläre Ihnen aber heute, dass ich jetzt am Ende meiner Kunst bin, ich komme meinen Arbeiten nicht mehr nach, 400 Ztr. Metalle, welche der Reichsstelle Eisen und Metalle gehören, liegen unsortiert seit 3 Wochen da, diverse Angebote von Entfallstellen konnte ich nicht übernehmen und musste sie in der Anlieferung zurückstellen.

Ich bitte Sie lediglich, zunächst mit einem kurzen Schreiben dem Arbeitsamt Ulm mitzuteilen, dass ich als Vor- und Unterlieferant anerkannt werden solle. Ich bin mir bewusst, wie die Lage am Arbeitsmarkt ist, aber es ist meine Pflicht, die angebotenen Materialien dem Konsum weiterzuleiten und deshalb habe ich Ihnen die Lage geschildert.

Wie ich heute anlässlich einer Unterredung von meinem Kollegen, Herrn Fachobmann Neubronner höre, bekommen Sie sogen. Ro-Zettel. Ich wäre Ihnen sehr zu Dank verbunden, wenn Sie mir durch Überlassung von zwei solcher Zettel vielleicht eher zur Zuteilung von Arbeitern verhelfen könnten und bleibe Ihre Überweisung derselben erwartend. Ich bitte Sie höflich um diesbezügliche Bearbeitung und Unterstützung und empfehle mich Ihnen mit

Heil Hitler!

Anton Minholz
Metallgroßhandlung

Engagement in den besetzten Gebieten

Ein Thema der Kriegswirtschaft war auch das Engagement deutscher Unternehmen in den besetzten Gebieten. So musste die Fachgruppe Metalle ihren Mitgliedsunternehmen darüber Auskunft geben, „ob über die Beuteware von Altmetallen aus den besetzten Gebieten Frankreich, Belgien, Holland von den Reichsstellen direkt verfügt wird, oder ob diese jetzt dem Handel zugeführt werden.“

¹¹⁰ Angefragt wurde auch, „ob Altmetalle jetzt ohne Genehmigung in das Protektorat Böhmen und Mähren eingeführt, sowie aus diesem ausgeführt werden dürfen, oder hierzu nach wie vor Ein- und Ausfuhrbewilligungen beantragt werden müssen“.¹¹¹ Die Zuständigkeit der Fachgruppe Metalle dehnte

sich rasch auf die besetzten Gebiete aus, wie Schreiben der Firmen Adalbert Rohn (Sudentenland) und Metauxblancs / Weissmetall AG (Elsass) an die Fachgruppe zeigen.



Am 6. Januar 1943 trafen sich die Vertreter der am französischen Abbrandgeschäft beteiligten Eisenerzfirmen im Düsseldorfer Parkhotel zu einer Besprechung. Ziel war es, „die Fragen, die mit dem französischen, belgischen und holländischen Abbrandgeschäft zusammenhängen, untereinander zu bereinigen. Der bisherige Zustand sei den Herren ja bekannt. An dem Geschäft in dem besetzten Gebiet seien 9 Firmen beteiligt, unter denen diese Geschäfte quotenmäßig aufgeteilt seien.“ Weitere Anträge von Unternehmen, die zum Geschäft zugelassen werden wollten, wurden gestellt.

Auch die Abrechnung von Geschäften in den Kriegsjahren 1941 und 1942 wurden diskutiert, allerdings lagen wohl noch nicht alle Zahlen vor. „Dass noch nicht alles abgerechnet sei, läge an den Franzosen, die angeblich noch nicht fertig seien.“ Die Abrechnung für 1943 sollte ein Gremium, bestehend aus Werksvertretern und zwei Handelsvertretern, vornehmen. Die Spannung zwischen Industrie und Handel war spürbar, als es darum ging, einen Handelsvertreter in dieses Gremium zu benennen. „Herr Dr. Märker bemerkt hierzu, dass die Verhandlungen (...) nicht wie eine Verhandlung verlaufen sei, sondern wie ein ‚Tribunal‘. Es habe die größte Mühe gekostet, gegen die Werke Handelsvertreter in das Gremium hineinzubekommen.“ Man stritt über die Frage, ob es überhaupt noch ein ‚unbesetztes Frankreich‘ gebe und einigte sich auf einen Turnus für die Zusammensetzung des oben genannten Gremiums für die Zeit nach 1944. Dass die Besetzung Frankreichs einmal enden oder Deutschland den Krieg verlieren könnte, war zumindest laut Besprechungsprotokoll ¹¹² kein Thema.



Besorgte Stimmen aus dem Metallhandel

Wilhelm Klute, der frühere Leiter der Fachuntergruppe Altmetalle, war Anfang 1943 bei der Firma POSSEHL in Berlin tätig und sah die Entwicklung des Krieges mit Sorge. Er verfasste am 2. Februar 1943 einen eindringlichen Brief an seinen Nachfolger Carl Ludwigsen. Hier einige Auszüge:

¹¹³ „Die in letzter Zeit eingetretenen militärischen Verhältnisse haben dazu geführt, dass seitens unserer Staatsführung der totale Kriegseinsatz befohlen ist mit dem Ziel, eine volle Ausschöpfung der Volkskraft für die Wehrmacht und kriegswichtige Industrie zu erbringen. (...) Ich habe Ihnen verschiedentlich ziemlich ausführliche Begründungen über die Wichtigkeit der Altmetall-Sortier-Betriebe und des Ausbaus derselben übersandt, denen Sie nicht Folge leisten konnten, und ich erkenne es Ihnen persönlich hoch an, dass der einzige Grund der war, dass Sie Rücksicht auf die von Ihnen zu betreuenden Mitgliedsfirmen genommen haben. Diese Rücksichtnahme wäre jetzt nicht mehr richtig, nachdem wir ja auch als Volk gesehen nicht in der Lage waren unseren Kämpfern in Sta-

lingrad zu helfen, die bestimmt darauf Anspruch hatten. Die Härte des Krieges, die ich voll erkenne, verpflichtet, das Letzte zu wagen, um das Schicksal zu wenden, und deshalb müssen wir auch in dem an sich kleinen Sektor, in dem wir arbeiten, die Dinge nun in aller Eile bereinigen, damit wir vor unserem eigenen Gewissen die Beruhigung haben, dass wir auch diesbezüglich unsere Pflicht erfüllen. (...) Der totale Kriegseinsatz ist die Voraussetzung zu einem erfolgreichen Bestehen des derzeitigen Schicksalskampfes. In jedem Berufsstand ist ernsthaft zu prüfen, ob die Arbeitskraft der eingesetzten Menschen restlos ausgeschöpft ist und welche Menschen bei rationaler Arbeitsweise für die Wehrmacht und andere kriegswichtige Aufgaben freigestellt werden können. (...) Die Verfolgung vornehmlich privatwirtschaftlicher Interessen ist erst wieder möglich, wenn nach einer

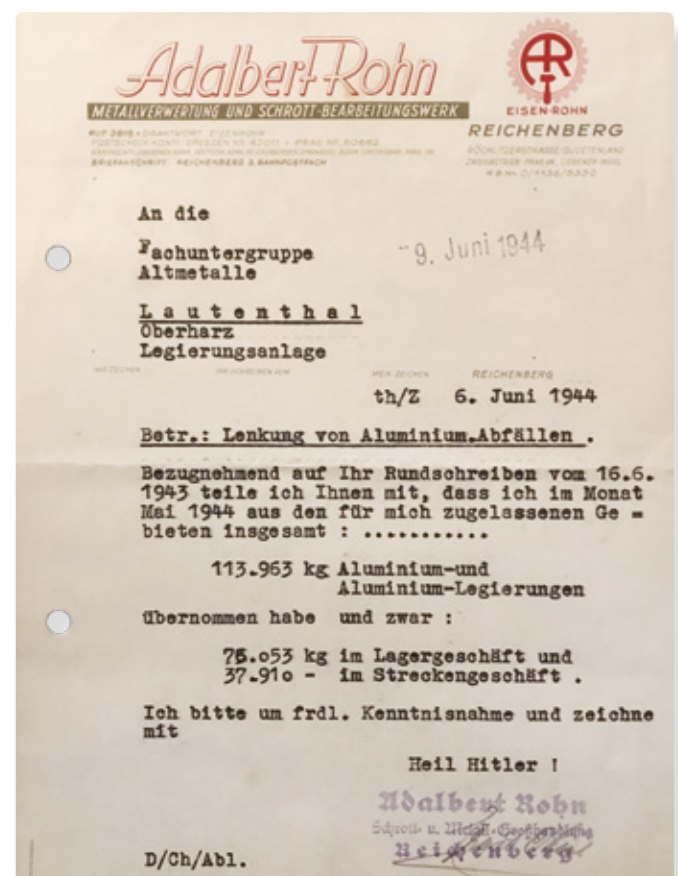
Rückkehr der Frontkämpfer diese ebenfalls daran teilnehmen können.“ Klute fordert, „unter Berücksichtigung der Durchsetzung mit Entfallstellen und der regionalen Lage der metallzeugenden- und verarbeitenden Industrie eine entsprechende Anzahl von Altmetall-Sortierbetrieben aus- oder aufzubauen.“



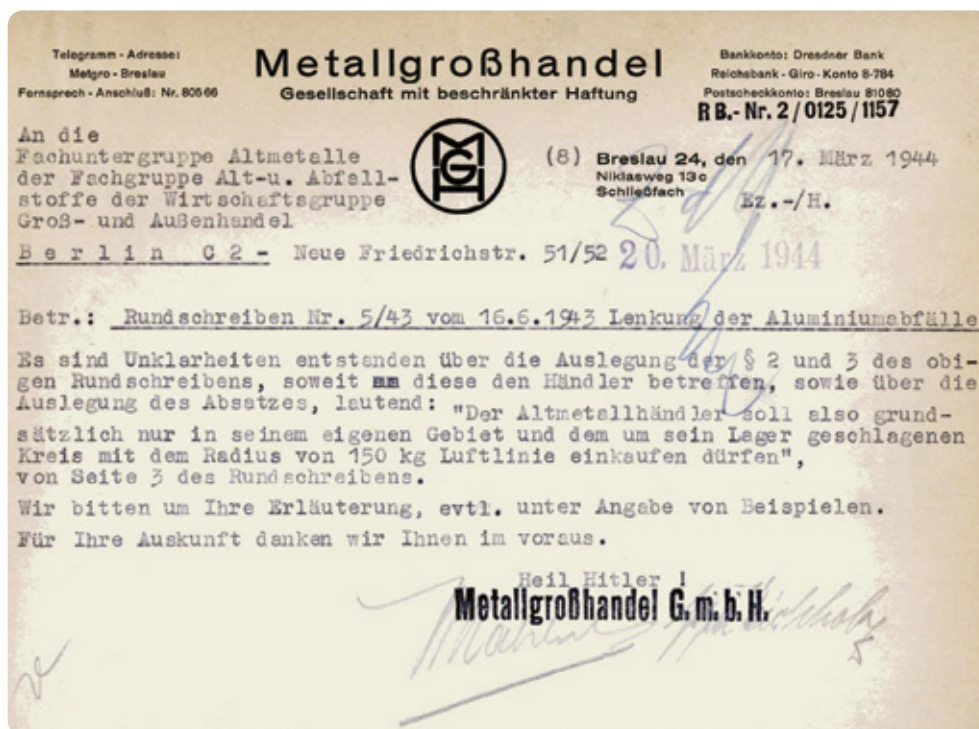
Mir Rundschreiben 2/43 ¹¹⁴ appelliert der Leiter der Fachuntergruppe Altmetalle, Carl Ludwigsen, an die Mitglieder: „Die Proklamierung des totalen Krieges stellt auch neue einschneidende Anforderungen an die Altmetall-Großhändler, die nunmehr gezwungen sind, nicht nur auf ihrem an sich kriegswichtigen eigentlichen Arbeitsgebiet alle ihre Kräfte für den siegreichen Ausgang des Krieges einzusetzen, sondern darüber hinaus alle Arbeiten und Maßnahmen in rationellster Weise durchzuführen haben. Zu berücksichtigen ist hierbei zunächst, dass im Zuge der Bestrebungen zur Einsparung von Transportleistungen die Altmetall-Großhändler ihre Geschäftstätigkeit sehr genau nach den hierfür geltenden Gesichtspunkten auszurichten haben. Das würde bedeuten, dass die Altmetall-Großhändler nur solche Geschäfte abschließen sollten, bei denen sie die hiermit verbundenen Transportleistungen verantworten können. Geschäfte, mit denen überflüssige Transportleistungen verbunden sind, sollten den frachtgünstiger gelegenen Metallhändlern überlassen werden. Weiterhin aber verpflichtet der totale Kriegseinsatz die Inhaber der Altmetallhandelsbetriebe unter Zurückstellung ihrer privatwirtschaftlichen Interessen alle Möglichkeiten zu untersuchen, um Kräfte für die Wehrmacht freizumachen oder eine dem Kriege dienende allgemeine Rationalisierung anzustreben. Hierfür dürften Überlegungen von Bedeutung sein, die eine Konzentration der Betriebe des Altmetallgroßhandels erreichen, sei es durch die Vereinigung von Zweigniederlassungen und Vertretungen mit dem Stammhaus oder durch Zusammenlegung von befreundeten Altmetall-Großhandelsbetrieben. Ich richte hiermit an sämtliche Großhändler den dringenden Appell, im Sinne der vorstehenden Ausführungen

Massive Logistikprobleme

Durch Rundschreiben 5/43¹¹⁵ wurden die Mitglieder der Fachgruppe über eine Vereinbarung der *Transporthauptkommission 4 Metalle* informiert, der neben der Fachuntergruppe Altmetalle die Fachgruppen Metallhalbzeugindustrie und Metallgießereien sowie die Vereinigung der deutschen Aluminiumschmelzwerke e.V., angehörten. Zwecks Einsparung von Transportraum wurden transportlenkende Maßnahmen für Abfallmaterial aus Aluminium und Aluminiumlegierungen vereinbart. Wesentlicher In-



halt: Der deutsche Wirtschaftsraum wurde in 8 Gebiete aufgeteilt, Händler durften Aluminiumabfälle im Rahmen der Metallbewirtschaftungsvorschriften nur in einem Umkreis mit einem Radius bis 150 km Luftlinie übernehmen. Die einzelnen Fachgruppen waren ermächtigt, im Einzelfall Ausnahmen zu erlassen. Carl Ludwigsen, der Leiter der Fachuntergruppe Altmetalle, sah die Sache entspannt. „Ich sehe nicht ein, dass wir päpstlicher sein sollten wie der Papst und glaube daher, dass wir diese Definition ruhig hinnehmen können. Auf, sagen wir einmal 273,7 m weiter oder näher kommt es wirklich nicht an.“¹¹⁶



In den letzten Kriegswochen brach die Logistik im Reich weitgehend zusammen. Am 8. Januar 1945, also genau vier Monate vor Kriegsende, richtete Geschäftsführer Dr. Müller in einem Brief noch einen eindringlichen Appell an den Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion, Albert Speer: „Wir halten uns für verpflichtet, Sie ergebenst darauf aufmerksam zu machen, daß der Altmetallhandel seine kriegswichtigen Funktionen auf die Dauer nicht mehr erfüllen kann, wenn nicht bei der Zuteilung von Waggons und Lastkraftwagen baldigst eine Änderung vorgenommen wird. Bei dem herrschenden Mangel an Transportmitteln können die anfallenden Altmetalle und Metallabfälle von den Entfallstellen nicht

mehr abgeholt werden. ... Über kurz oder lang müssen dann infolgedessen bei den Werken Produktionsausfälle eintreten. Wir halten es danach für erforderlich, daß sobald als möglich Anweisungen insbesondere an die Rüstungskommissionen und Rüstungsinspektionen ergehen, damit für den Abtransport von Altmetallen genügend Waggons und Fahrzeuge zur Verfügung gestellt werden.“

Trotz des bevorstehenden Zusammenbruchs arbeitete man im Rahmen der geltenden Vorschriften bis zuletzt weiter. Noch zwei Monate vor Kriegsende, am 8. März 1945, schrieb die in Berlin sitzende Vereinigung der deutschen Aluminiumschmelzwerke e.V. an die Arbeitsgemeinschaft Rüstungshandel in Lautenthal: „Ob freilich unter den jetzigen Verhältnissen die Fa. Düsseldorfer Metallwerke genau wie andere westdeutsche Schmelzwerke, die von uns in Übereinstimmung mit der Transporthauptkommission 4 Metalle die Genehmigung haben, bis zu einer bestimmten Menge Aluminiumabfälle im nördlichen Teil des Gebiets VI aufzunehmen, von dieser Möglichkeit Gebrauch machen

können, erscheint uns sehr zweifelhaft.“ Die Zweifel waren angebracht, denn Düsseldorf wurde wenige Wochen später, am 17. April 1945, von US-Truppen besetzt.

Kriegsbetriebsgemeinschaften

Die Gründung sogenannter Kriegsbetriebsgemeinschaften war spätestens seit 1944 ein Thema. Betriebe sollten sich zusammenschließen, um Synergieeffekte zu erzielen. Man versprach sich durch die Bündelung von Unternehmen unter anderem, den bereits erwähnten Mangel an Arbeitskräf-

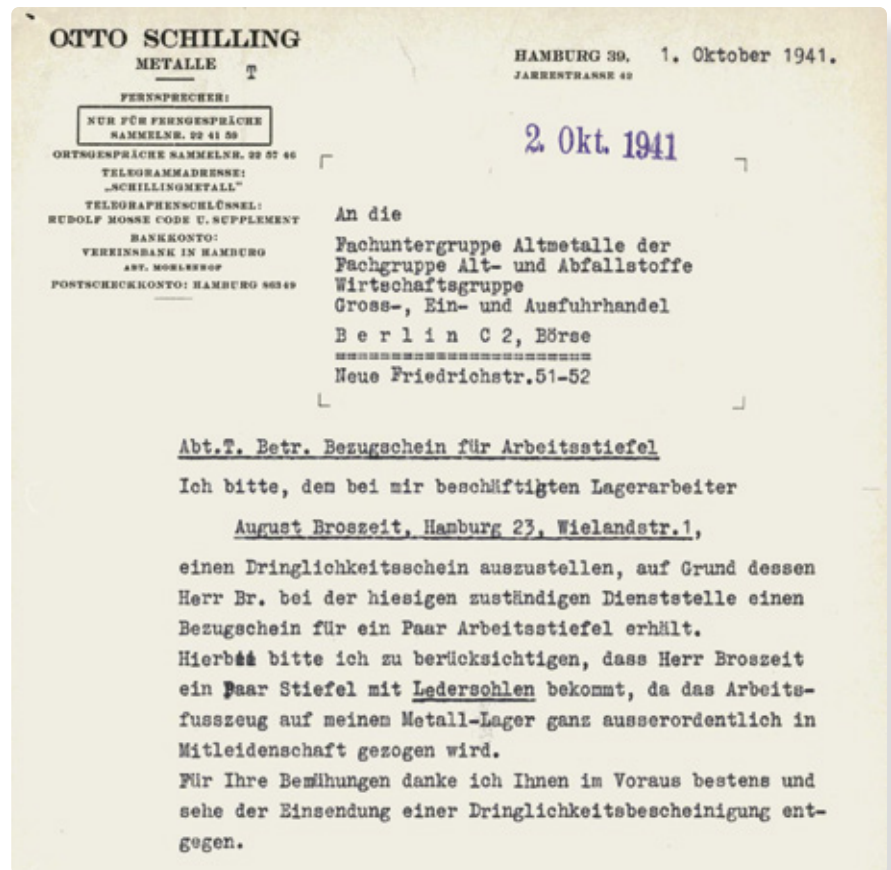
ten zu verkleinern und die Beschaffung der für die Kriegsproduktion so wichtigen Metalle zu optimieren.

Die vom Staat gewünschten Kriegsbetriebsgemeinschaften stießen allerdings nicht auf Gegenliebe bei den Unternehmen. Niemand wollte seinen Betrieb zwangsweise mit anderen Unternehmen zusammenlegen lassen. Dr. Müller schrieb als Geschäftsführer der Fachgruppe Altmetalle deshalb lange Briefe an die zuständigen Stellen, um geforderte Kriegsbetriebsgemeinschaften zu verhindern. So setzte er sich im April 1944 u.a. für den späteren VdM-Vorsitzenden Hans Messmer (siehe 4.3.2) ein, dessen Unternehmen mit der Hamburger Metallhandelsgesellschaft zusammengelegt werden sollte: „Die Kriegsgemeinschaft zwischen Messmer und der Hamburger Metallhandelsgesellschaft würde einen Präzedenzfall darstellen, durch den die gesamte Markttordnung zerstört würde“, argumentierte er. Oft wurde heftig über einzelne Fälle diskutiert.

Aus heutiger Sicht mutet es unverständlich an, dass sich Dr. Müller noch am 22. März 1945 „streng vertraulich“ mit einem Brief in Sachen Kriegsgemeinschaften an die zuständige Wirtschaftsgruppe Groß- und Außenhandel gewandt hatte, um sich über „die Abmachungen zwischen der H'metall und der Metallgesellschaft AG Frankfurt/M“ auszutauschen, denn schon 7 Tage später wurde Frankfurt von den Amerikanern eingenommen. Da angenommen werden darf, dass Dr. Müller im Harz alliierte Radiosendungen empfangen konnte, dürfte er über den Frontverlauf – und somit über die Nutzlosigkeit seines Briefes – informiert gewesen sein.

Mangelwirtschaft

Kriegswirtschaft bedeutete Mangelwirtschaft, fast alles wurde kontingentiert. Schon 1941 waren Arbeitsstiefel nur über einen Bezugsschein erhältlich. Gegen Kriegsende wur-



de das von vielen Unternehmen benötigte Nadel-Schmitt Holz knapp, auch hier benötigte man einen von der Reichsstelle für Holz ausgestellten Einkaufsschein. Die Fachgruppe Metalle unterstützte ihre Mitglieder bei der Antragstellung, die bis zum Kriegsende – typisch deutsch – strenger Bürokratie unterlag. Ein Beispiel: Das Mitgliedsunternehmen Joh. Kiesewetter aus Gablonz/Neiße bat am 3. Februar 1945 die Fachuntergruppe Altmetalle um Hilfe beim Bezug von Nadelschmitt Holz-Einkaufsscheinen. Daraufhin übersandte die Geschäftsstelle dem Unternehmen am 14. Februar 1945 ein Antragsformular „mit der Bitte, uns diesen mit den entsprechenden Angaben zurückzugeben. Wir bitten, den Vordruck sorgfältig und ausführlich auszufüllen, damit überflüssige Rückfragen vermieden werden“. Nach Erhalt des ausgefüllten Antrages übersandte die Fachgruppe Metalle das Formular am 17. März 1945 an die Wirtschaftsgruppe Groß- und Außenhandel nach Oberkirschberg bei Ulm mit dem Hinweis, dass man die Zuteilung der beantragten Einkaufsscheine befürworte. Es darf allerdings bezweifelt werden, dass die Firma Joh. Kiesewetter ihr Holz erhalten hat, denn nur wenige Wochen später (8. Mai 1945) endete der Zweite Weltkrieg, die deutschstämmigen Einwohner von Gablonz an der Neiße (heute Jablonec nad Nisou) wurden aus dem Sudetenland vertrieben.

2.7

UMZUG NACH LAUTENTHAL/OBERHARZ

Fachgruppe 5: Metalle

Berlin SW 61, Urbanstr. 183. Fernspr.: 66 66 83

Geschäftsstelle — Telefonanschluß

Da wider Erwarten die Wiederherstellung der Telefonanschlüsse in der Börse immer noch nicht erfolgt ist, haben wir unsere Geschäftsstelle erneut vorübergehend in die Privatwohnung des Unterzeichneten in Berlin SW 61, Urbanstr. 183, verlegt. Wir sind hier telefonisch zu erreichen unter: 66 66 83.

Die Geschäftszeit ist wie folgt festgelegt: Von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 19 Uhr.

Der Unterzeichnete ist regelmäßig in Berlin zu sprechen an jedem Mittwoch und Donnerstag. Da aber auch in diesen Tagen unter Umständen dringende Sitzungen von ihm wahrgenommen werden müssen, ist es dennoch unbedingt erforderlich, vorher mit der Berliner Geschäftsstelle oder mit dem Lautenthaler Ausweichbüro (Hahnenklee 479 und 449) Vereinbarungen über Besprechungen telefonisch zu treffen.

[Der Geschäftsführer: Dr. Müller]

WGGA MITTEILUNGEN 3.11.1944

Am 24. Mai 1944 erfolgte ein Tagesangriff auf Berlin. Die Börse und damit die Geschäftsstelle der Fachgruppe Metalle wurden schwer beschädigt¹¹⁷. Der damalige Geschäftsführer Dr. Müller hatte bereits kurz zuvor, vermutlich im März 1944, in Lauthental / Oberharz ein Ausweichbüro im dortigen Preussag-Haus (Legierungsanlage) eingerichtet¹¹⁸, zeitweise verlegte er die Geschäftsstelle sogar in seine Privatwohnung in der Berliner Urbanstraße 183¹¹⁹. Auch privat verlegte Dr. Müller mit Frau und Tochter seinen Hauptwohnsitz in den Harz; seine Wohnung in Berlin wurde schließlich „total ausgebombt“¹²⁰. Dr. Müller lagerte frühzeitig Unterlagen des Verbandes aus, indem er sie in das Lautenthaler Ausweichbüro verbrachte

oder zeitweise bei einer Mitgliedsfirma¹²¹ deponierte. Dabei handelte es sich allerdings in erster Linie um damals aktuelle Akten ab etwa 1935. So ist es zu erklären, dass viele ältere VDM Dokumente während der Bombenangriffe auf Berlin zerstört wurden.

Wie dramatisch die Lage damals war, bezeugt der hier abgedruckte Brief des späteren VDM Vorsitzenden Leo Bögemann an Dr. Müller vom 8. Februar 1944.

Leo Bögemann
1/Fa. HAMBURGER WAREN-IMPORT
GESELLSCHAFT M. B. H.

TELEGRAMM-ADRESSE: HAWARPORT
TELEFON: 326798, 329830
POSTSCHECK-KONTO: HAMBURG 40234

BANK-KONTEN:
M. M. WARBURG & CO. KOMMANDITISTEN
HAMBURG
REICHSBANK, HAMBURG

BRINCKMANN, WIRTZ & CO., HAMBURG
REICHSBANK HAMBURG KONTO 2/7382

HAMBURG 1, den 8. Februar 1944
RABOISEN 72

Herrn Dr. Rudolf Müller
Fachgruppe Metalle der
Wirtschaftsgruppe Gross- und
Aussenhandel

Berlin C.2

Neue Friedrichstr. 51/52
Zimmer 182

10. FEB. 1944

Sehr geehrter Herr Dr. Müller !

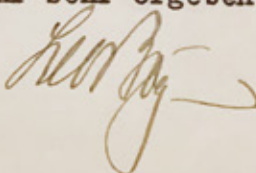
Nachdem heute unsere direkte Leitung mit Berlin wieder funktionierte, habe ich Sie bei der Fachgruppe anrufen lassen, um mich nach Ihrem Wohlergehen zu erkundigen. Leider habe ich zu meinem grössten Bedauern erfahren müssen, dass Sie bei den letzten Luftangriffen auf Berlin Totalschaden erlitten haben. Wie mir ausserdem mitgeteilt wurde, ist Ihre Gattin durch eine Sprengbombe verletzt worden, jedoch inzwischen soweit wiederhergestellt, dass Sie sie und Ihre Tochter heute nach dem Harz bringen konnten, wohin auch, wie man uns sagte, ein Teil der Fachgruppe verlagert wird. Ich kann mir vorstellen, wie schwer Sie dieses Unglück betroffen hat und bin nur froh darüber, dass die Verletzung Ihrer Gattin nicht so ernster Natur war.

Ich würde mich sehr freuen, wenn ich Sie einmal wieder ausführlich sprechen könnte; es gibt so vieles was man gerne einmal mit einem gleichgestimmten Menschen besprechen möchte ! Vielleicht führt Sie gelegentlich Ihr Weg nach Hamburg. Kann die Angelegenheit Hamburger Metall-Handelsgesellschaft/Messmer nicht dazu ein Anlass sein ?

Ich hoffe, dass Ihre Familie im Harz ein gutes Unterkommen gefunden und vollkommene Ruhe vor Alarmen hat, damit sie sich einigermaßen von den Aufregungen erholen kann. Hoffentlich sind Sie auch in Berlin so gut untergekommen, wie es unter den obwaltenden Umständen möglich ist. Ich würde mich sehr freuen, einmal wieder etwas von Ihnen zu hören! vielleicht rufen Sie unsere Berliner Niederlassung gelegentlich einmal an.

Mit den besten Grüßen verbleibe ich

Ihr sehr ergebener

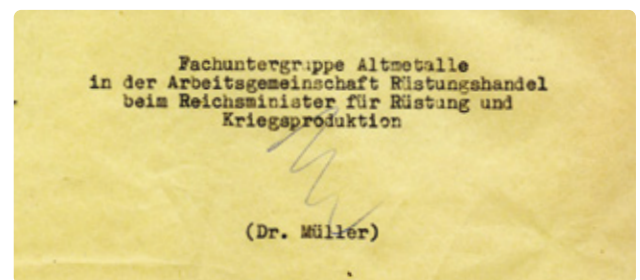


2.8

ARBEITSGEMEINSCHAFT RÜSTUNGSHANDEL

Die katastrophalen militärischen Niederlagen seit Beginn des Jahres 1943 und die dadurch eingetretenen ungeheuren Materialverluste verursachten gesteigerte Anforderungen an die Rüstungswirtschaft. Durch den Führererlass vom 2. Sept. 1943 über die Konzentration der Kriegswirtschaft wurde aus dem Reichministerium für Bewaffnung und Munition das „Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion“ unter Führung von Albert Speer. Dieser übernahm gleichzeitig auch die Selbstverwaltungsorgane der gewerblichen Wirtschaft (Wirtschaftsgruppen der Reichsgruppe Industrie und deren Untergliederungen), die seit ihrer Errichtung 1934 zum Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsministeriums gehörten, und bildete sie sofort zu Vollzugsorganen seines Ministeriums für die industrielle Produktion um¹²². Die „Arbeitsgemeinschaft Rüstungshandel beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion“ war eine Koordinierungs- und Steuerungsstelle des Ministeriums mit Sitz in Berlin. Ihre Hauptaufgabe war es, den Handel mit Rüstungsgütern (Waffen, Munition, Maschinen,

Rohstoffen) und die Umverteilung anderer knapper Materialien zu organisieren. Die Arbeitsgemeinschaft war intern weiter untergegliedert, wobei die Bezeichnungen nicht immer einheitlich festgeschrieben waren. Vermutlich seit Herbst 1944 fungierte die Fachuntergruppe Altmetalle auch als „Arbeitsgemeinschaft Rüstungshandel beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion, Leitstelle Altmetalle“. Dr. Rudolf Müller blieb auch hier mit der Geschäftsführung betraut.



Zentrale Aufgabe der Leitstelle Altmetalle war offenbar, die Altmetallströme den kriegswichtigen Erfordernissen gemäß zu lenken. So beschwerten sich sowohl die Reichsstelle Eisen und Metalle als auch die Vereinigung der deutschen Aluminiumschmelzwerke e.V. im August 1944 darüber, dass die Versorgung der Schmelzwerke mit den von ihnen benötigten Abfallmaterialien aus Aluminium und Aluminiumlegierungen in Unordnung zu geraten drohe, weil Händler und Entfallstellen bestimmte Schmelzwerke nicht in ausreichender Weise beliefern würden.¹²³ Daraufhin erfolgte von der Arbeitsgemeinschaft Rüstungshandel in Berlin die Mitteilung an die Leitstelle Altmetalle in Lautenthal, dass die „Anweisung der infrage kommenden Altmetallgroßhändler von Ihrer Leitstelle herausgegeben“ werden soll¹²⁴. Im Klartext: Diese Stelle sei dafür eingerichtet, Altmetall bei



auf tretendem Bedarf aus dem Großhandel in die entsprechenden Kanäle der Wirtschaft zu leiten¹²⁵. In den folgenden Monaten beginnt ein reger Schriftwechsel zwischen Schmelzwerken, Großhändlern und Dr. Müller, der nunmehr die Aufgabe hatte, die Aluminiumschrottströ-

me zu organisieren. Noch Mitte März 1945, also wenige Wochen vor Kriegsende, teilt Dr. Müller der Aluminiumvereinigung in Berlin mit, dass Lieferauflagen für bestimmte Unternehmen zu Gunsten anderer Unternehmen zurückgezogen worden seien¹²⁶.

2.9 KRIEGSENDE

Die Dramatik der letzten Kriegstage lässt sich aus einem Briefwechsel zwischen Dr. Müller und dem Mitgliedsunternehmen Gebr. Buch aus Magdeburg entnehmen. Am 26. Januar 1945 schrieb Herr Buch: „Wir müssen Ihnen leider heute die traurige Mitteilung machen, dass bei den Terrorangriffen am 16. und 17.1. nicht nur unsere sämtlichen Wohnungsgrundstücke, sondern auch das gesamte Bürogrundstück restlos zerstört wurden. Es war dies wohl der schwerste Terrorangriff, den je eine Stadt in ungefähr 40 Minuten erlebt hat. Von dem Stadtteil Neustadt (Nicolaiplatz) durch die Stadtmitte bis fast zum Hasselbachplatz finden Sie in der Länge und Breite überhaupt kein Haus mehr. Nur Trümmer und wieder Trümmer. Manche Straßen und überhaupt nicht wieder zu erkennen. Daraus können Sie ersehen, wie furchtbar es ist.“ Dr. Müller antwortete schon am 5. Februar: „Ich habe den Angriff auf der Fahrt nach Berlin in der Gegend



von Halberstadt bis Blumenberg miterlebt und war in großer Sorge um Sie, zumal ich dann nach der Umleitung zurück über Halberstadt, Güsten, Belzig den Feuerhimmel von Magdeburg bis morgens um 5 Uhr sehen konnte.“

Das Kriegsende erlebten Dr. Rudolf Müller und seine Mitarbeiter in der Geschäftsstelle, die ja nach Lautenthal / Oberharz verlegt worden war. Dr. Müller: „Am 10. April näherten sich die amerikanischen Panzer auf wenige Kilometer Lautenthal. Hierdurch veranlasst, verkrochen sich die Lautenthaler mit samt ihrem Volkssturm und der Mehrzahl der vorher so großmäuligen Hitlerjugend in die Bergwerksstollen, vor die die weiße Fahne gehängt wurde. Leider gab es aber

einige ortsfremde Stoßtruppen der Hitlerjugend, die es nicht lassen konnten, ein paar Panzerfäuste abzufeuern. Darauf ergab sich eine, im übrigen ziemlich harmlose Schießerei,- harmlos im Hinblick auf unsere Bombennächte – die etwa mit ziemlich großen Unterbrechungen 14 Stunden währte. Danach waren wir endgültig durch die Amerikaner erobert und gleichzeitig von Adolf Hitler und seiner gesamten Bande befreit. In Lautenthal waren ca. 8 Häuser niedergebrannt, andere hatten Teilschaden.“¹³⁴
„Unsere Geschäftsstelle ist im Ganzen intakt geblieben, auch die 14-stündige „Schlacht“ um Lautenthal hat unser Büro gut überstanden, wenn man von einigen lädierten Fensterscheiben absieht. Selbst die üblichen Plünderungen haben uns nichts anhaben können, da wir unsere Geschäftsstelle Tag und Nacht bewachten“.¹³³

Die Geschäftsstelle lag nun (zumindest bis zum 23. Juli, siehe 3.2.1) in der amerikanischen Besatzungszone, das NS-Recht fand keine Anwendung mehr. Ob die Fachgruppe Metalle auch künftig weiter bestehen würde, war zu diesem Zeitpunkt völlig offen. Die Geschäftsstelle unter Dr. Müller arbeitete dennoch unverdrossen weiter.



ZERSTÖRTE BÖRSE IN BERLIN
RECHTE: BÖRSE BERLIN AG PRESSEFOTO